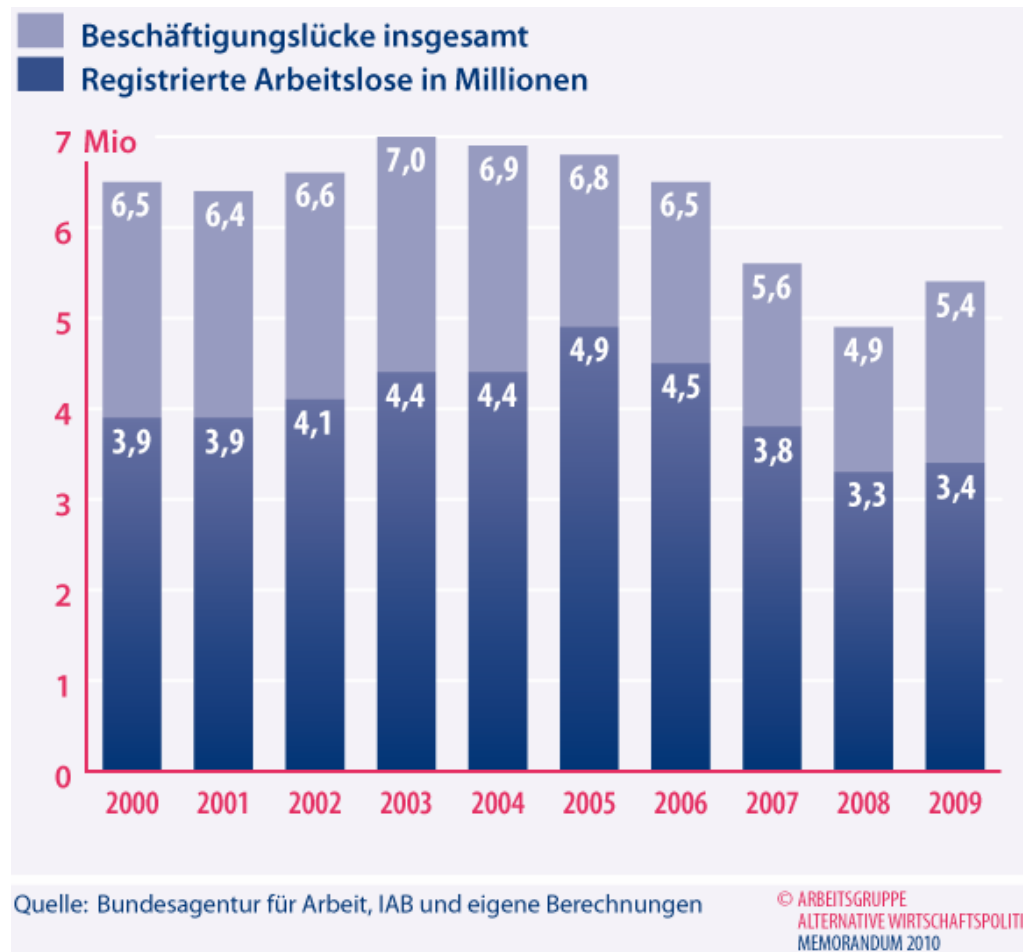


Neuverteilung von Arbeit, Einkommen und Macht

Wirtschaftspolitische Alternativen

Arbeitslosigkeit

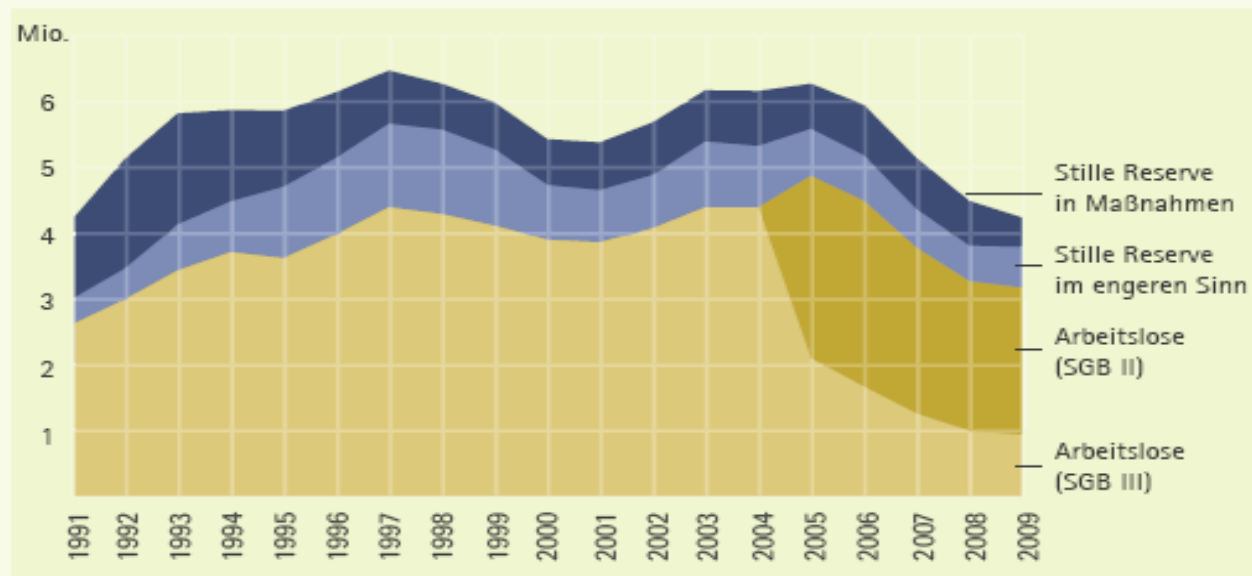


Projektion 2009: Der Arbeitsmarkt tritt auf der Stelle

Abbildung 2

Entwicklung der Unterbeschäftigung in Deutschland –
Registrierte Arbeitslosigkeit und Stille Reserve 1991 bis 2009

Personen in Mio; Jahresdurchschnitte (2009: Projektionsvariante II)

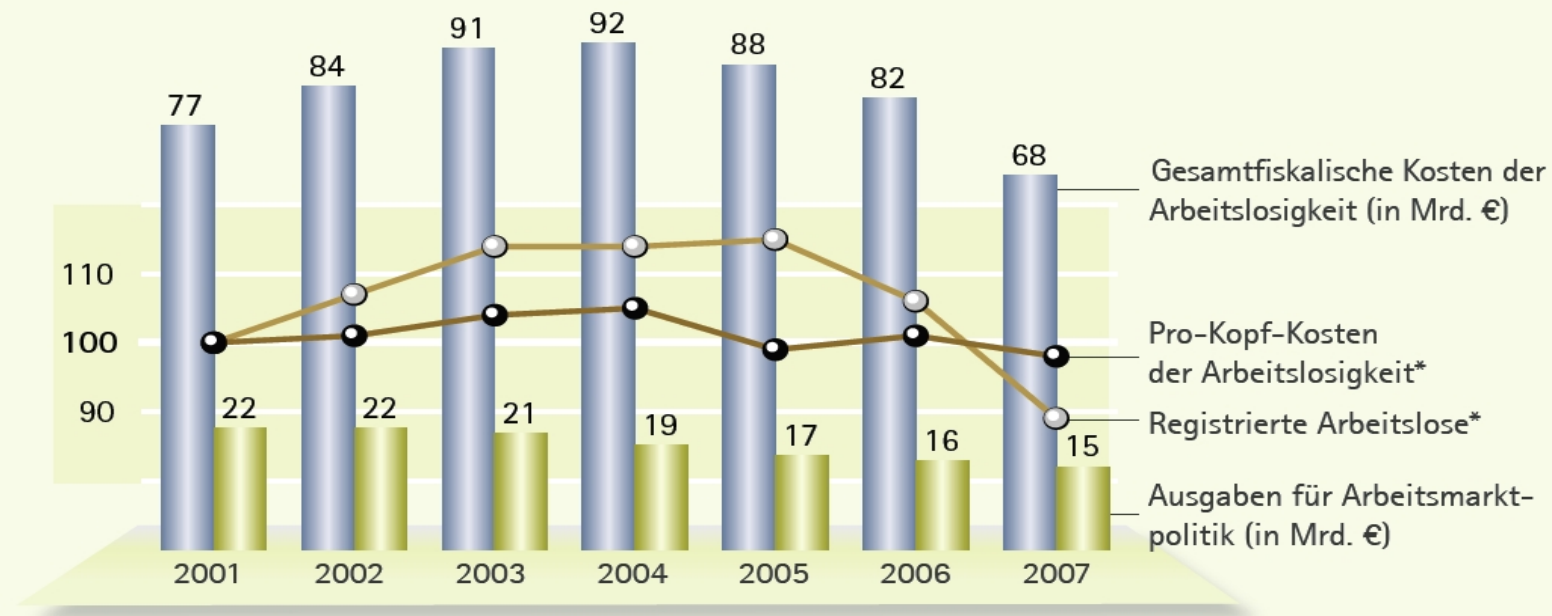


Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB.

© IAB

Kosten der Arbeitslosigkeit (1)

Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit und Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik 2001 bis 2007



* Indexwerte (2001 = 100)

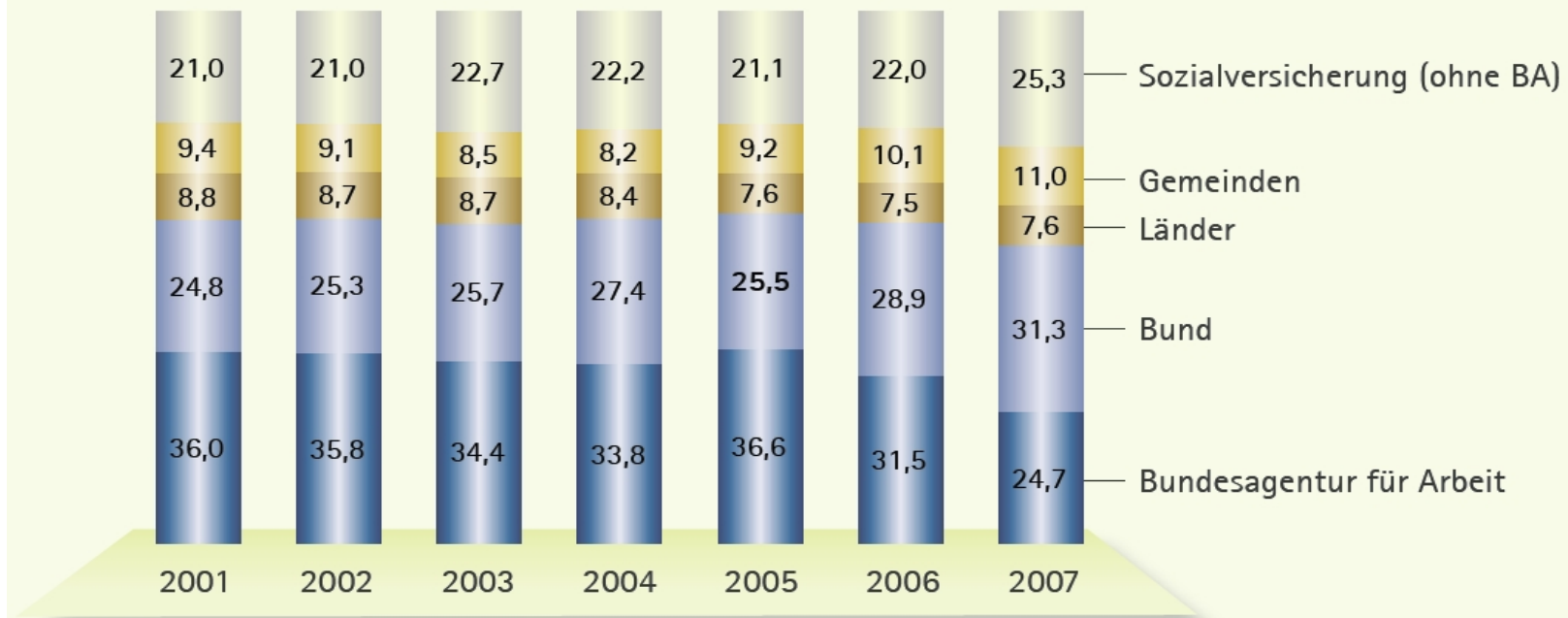
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB

© IAB

Kosten der Arbeitslosigkeit (2)

Verteilung der gesamtfiskalischen Kosten der registrierten Arbeitslosigkeit 2001 bis 2007 auf öffentliche Budgets

Anteile in %

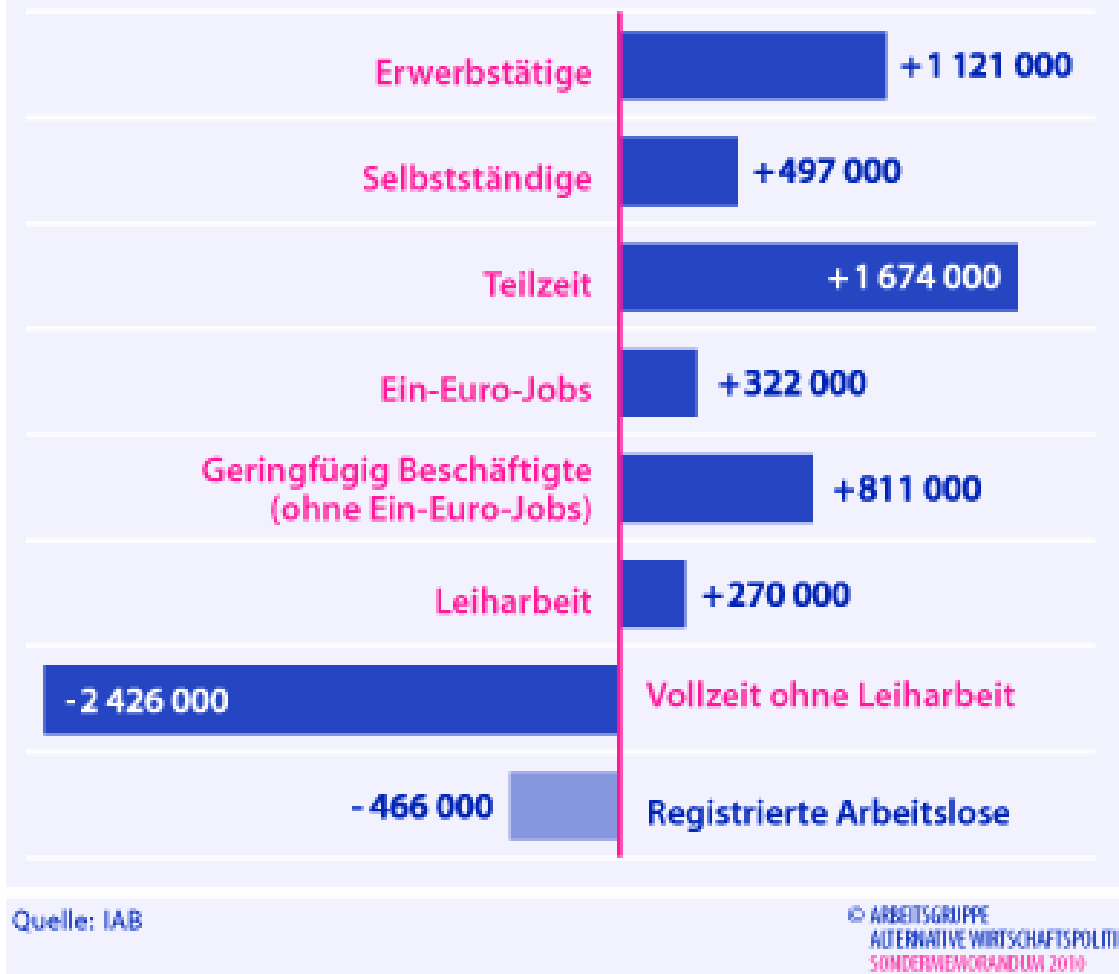


Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB

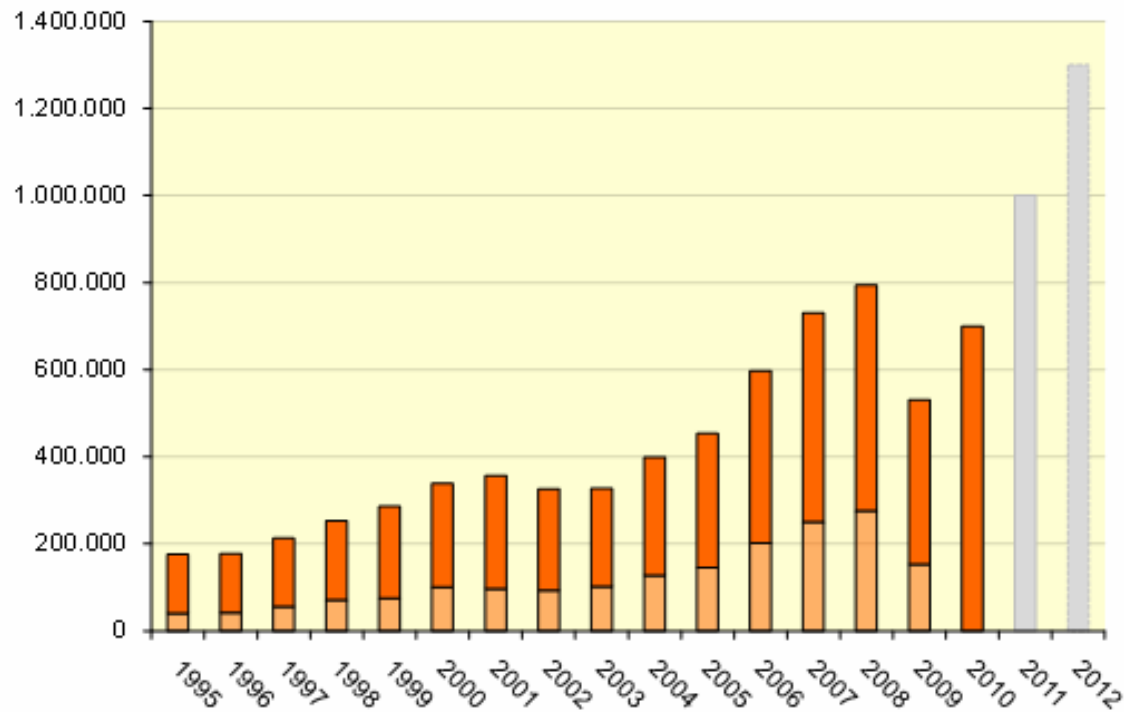
© IAB

Mehr Beschäftigung – aber was für welche?

Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2000 bis 2009



Anstieg der Leiharbeit - nach Tätigkeiten



dunkel: Hilfsarbeiten
hell: hochqualifizierte
Tätigkeiten

Quelle: Arbeitnehmerüberlassungsstatistik, Bundesagentur für Arbeit

Vom BIP-Wachstum zum Beschäftigungs-Wachstum

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010*
BIP (real)	1,2	0,8	3,4	2,7	1,0	-4,7	1,5
- Produktivität¹⁾	0,6	1,4	3,1	1,0	-0,2	-2,2	1,0
= Arbeitsvolumen	0,6	-0,6	0,4	1,7	1,2	-2,5	0,5
- Arbeitszeit²⁾	0,2	-0,5	-0,3	0,0	-0,2	-2,5	0,5
= Erwerbstätige / Inland	0,4	-0,1	0,7	1,7	1,4	0	0

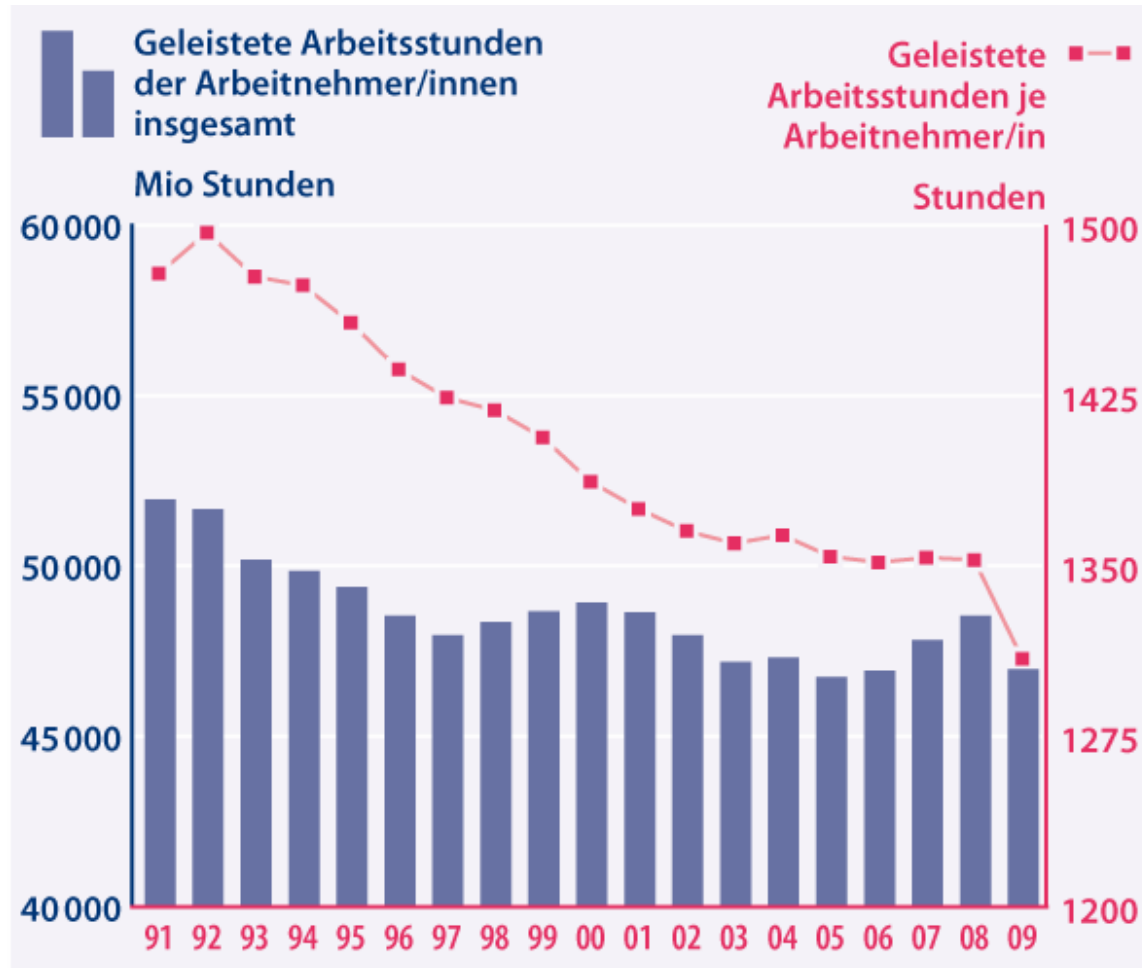
Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Frühjahr 2010

* Prognosewerte, auf Grundlage von Schätzungen (Gemeinschaftsdiagnose)

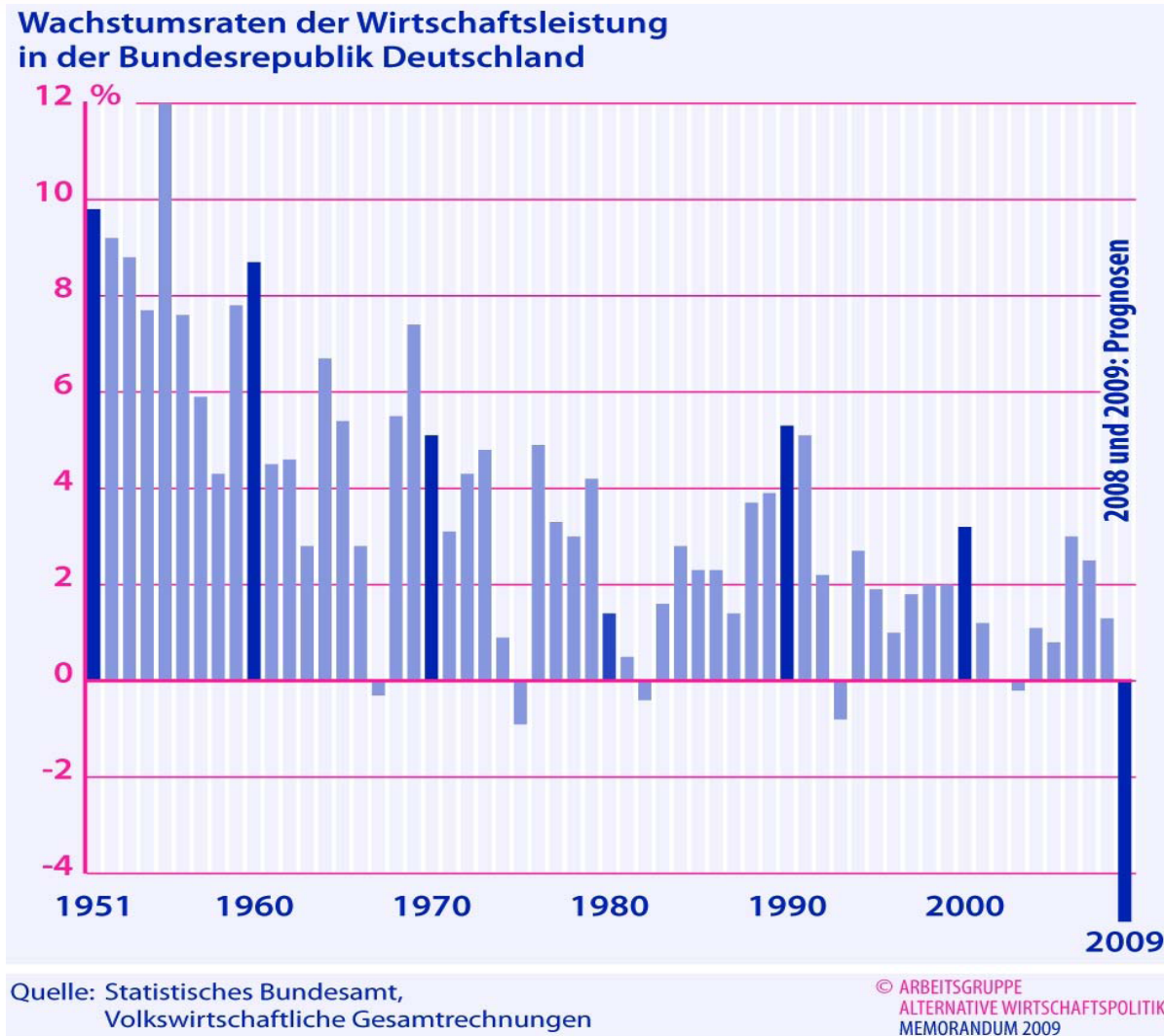
1) Je Erwerbstätigenstunde.

2) Erwerbstätigenstunden pro Kopf: Prozentuale Veränderung zum Vorjahr.

Geleistete Arbeitsstunden abhängig Beschäftigter

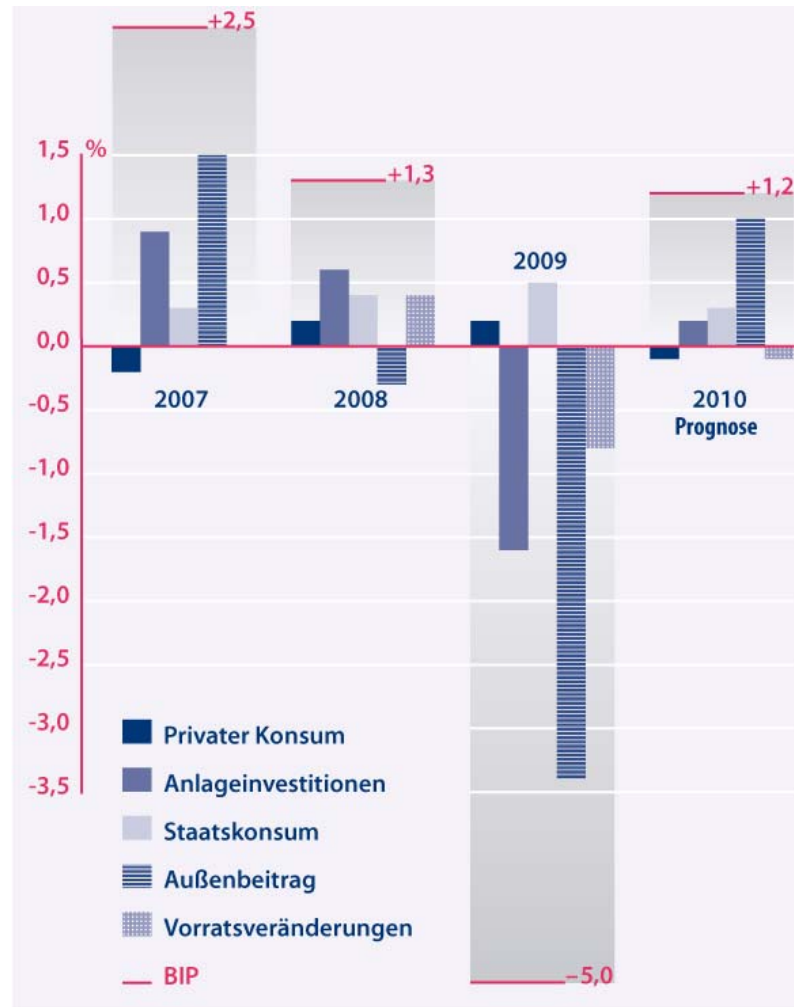


Historischer Wachstumseinbruch



Wachstumskomponenten

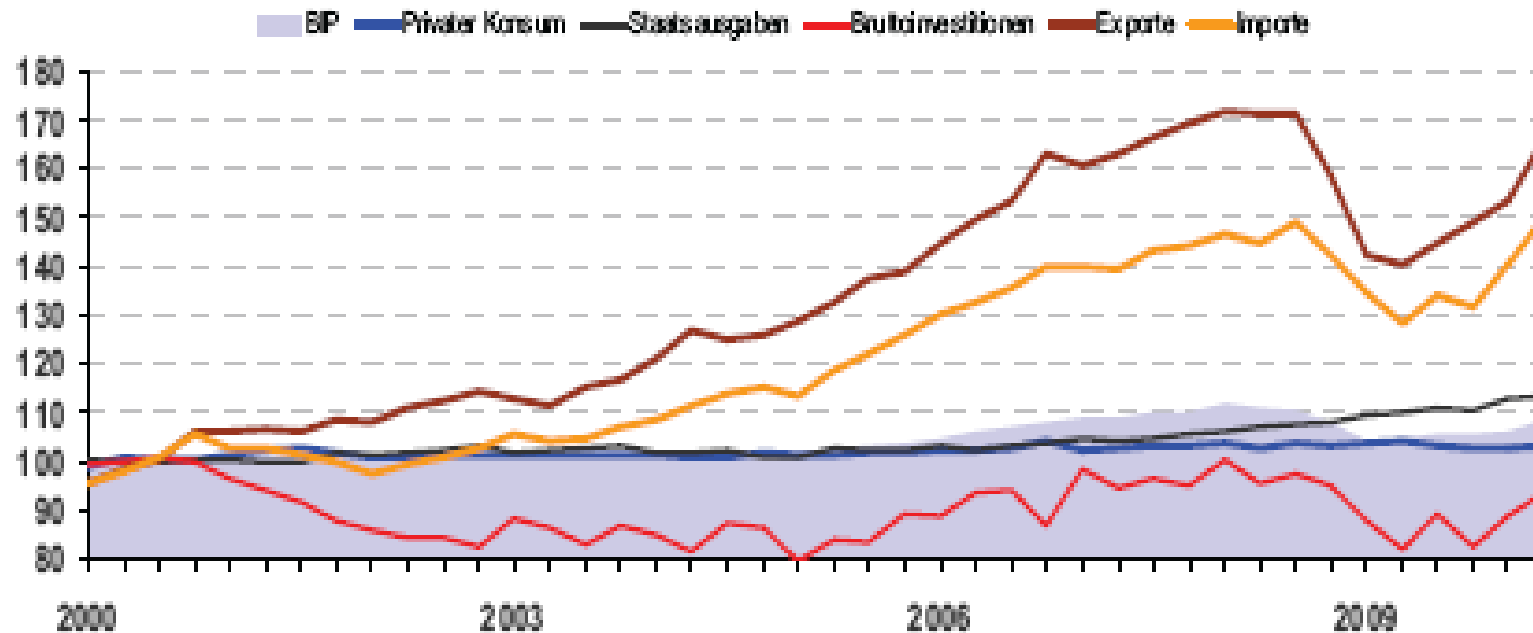
Wachstumsbeiträge der Nachfragekomponenten zum realen BIP in Prozent



Quelle: Statist. Bundesamt, VGR; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2009 ; © Memo 2010

Wachstumsbeiträge der Nachfragekomponenten

Entwicklung der Wachstumsindikatoren der deutschen Wirtschaft 2000-2010
(2000=100)



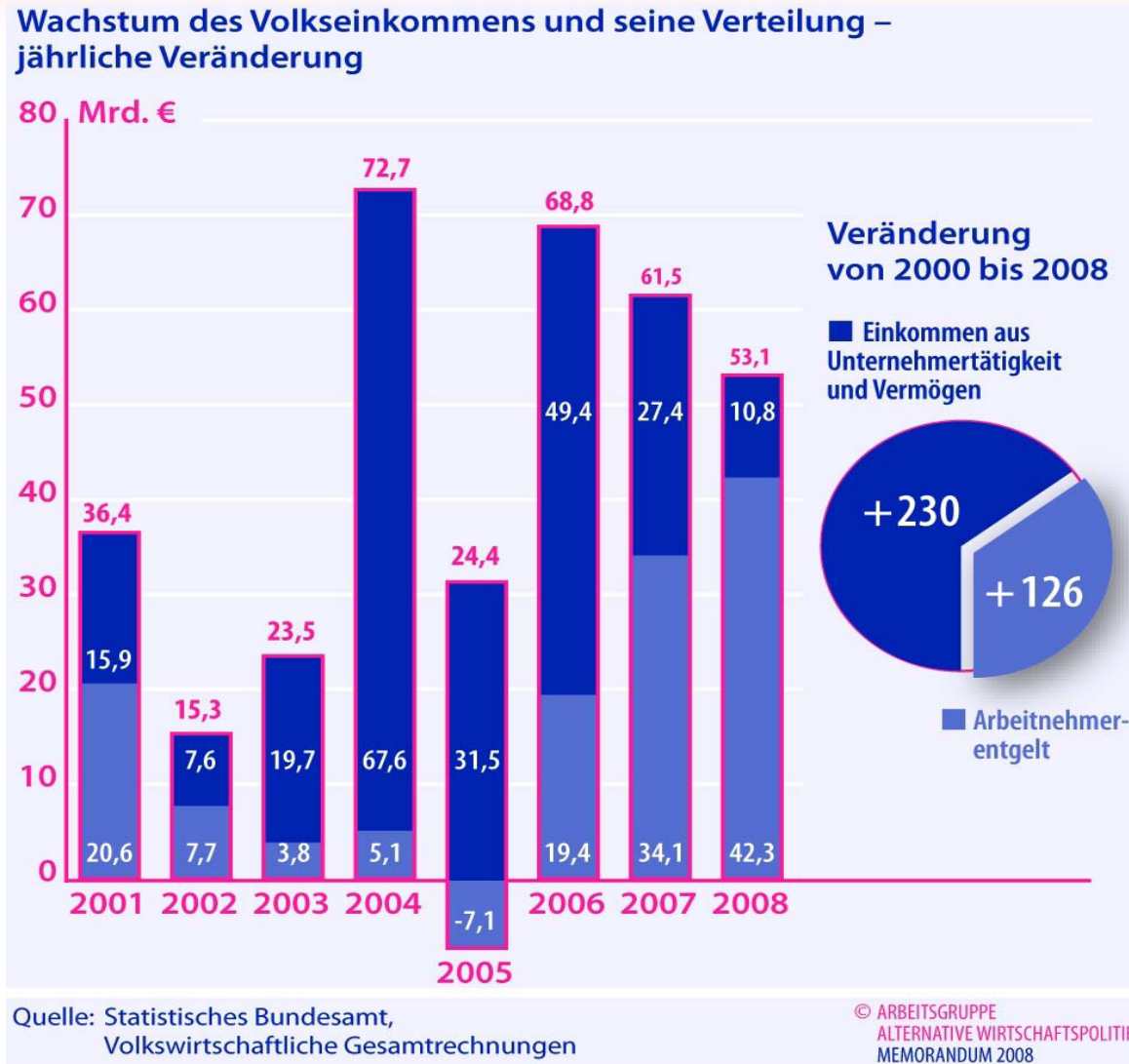
Quelle: Statistisches Bundesamt

Deutscher Exportüberschuss

Saldo Waren und Dienstleistungen 1999-2010

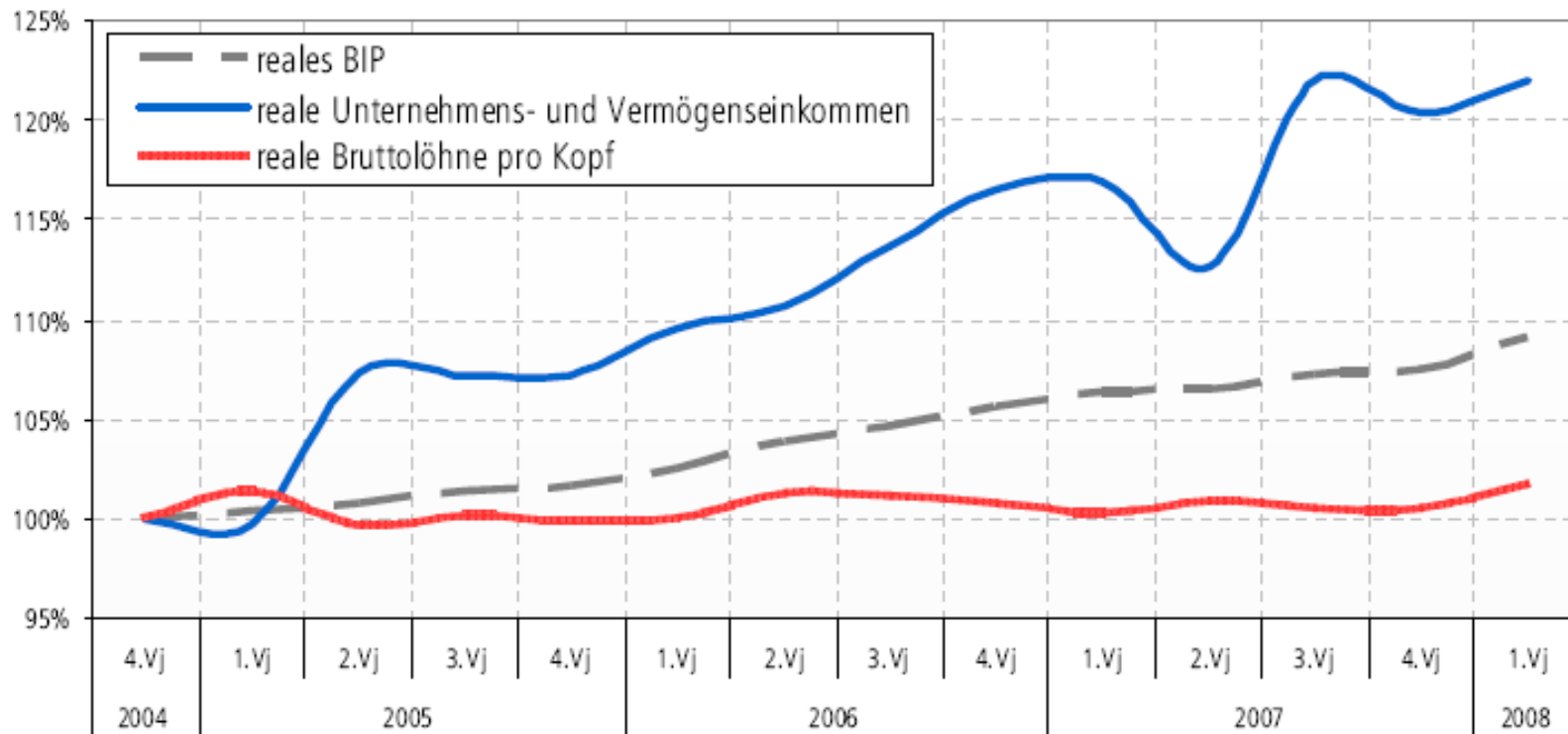


Wachstum und Verteilung (I)



Aufschwung nur für Unternehmen und Vermögende

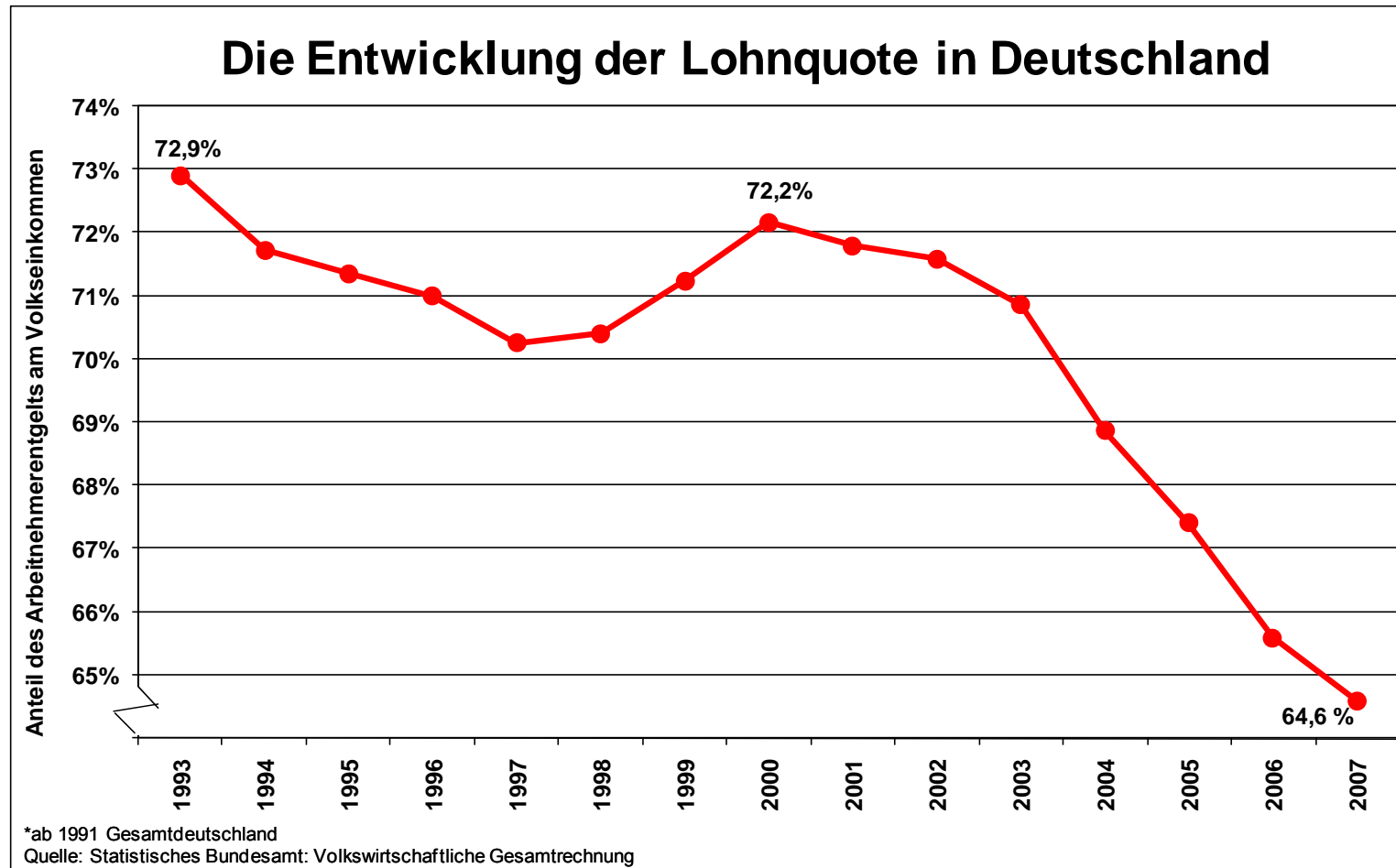
indiziert (IV. Quartal 2004 = 100%)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK

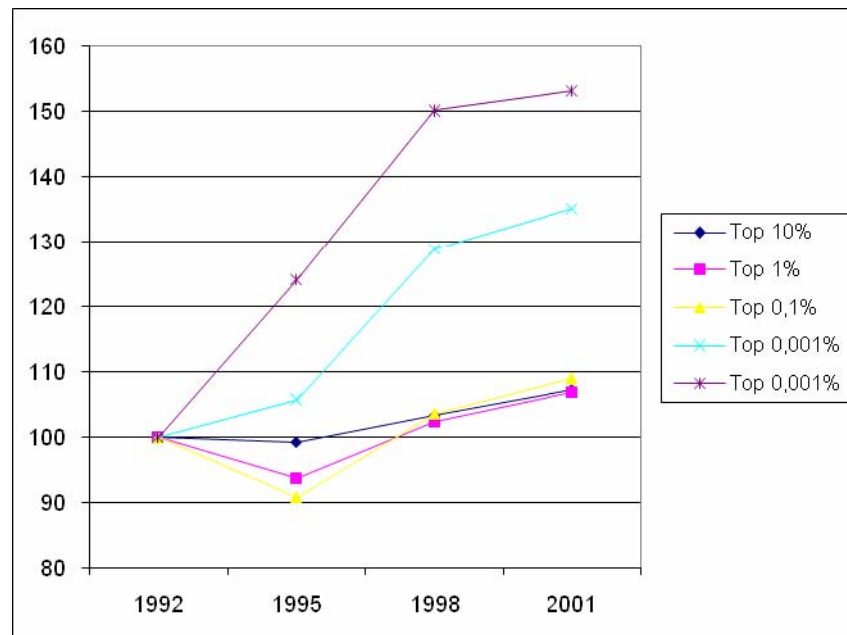
Absturz der Lohnquote

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen



Spitzenverdiener in Deutschland 1992-2001

Entwicklung der Markteinkommen der Spitzenverdiener
1992-2001
Index 1992 = 100

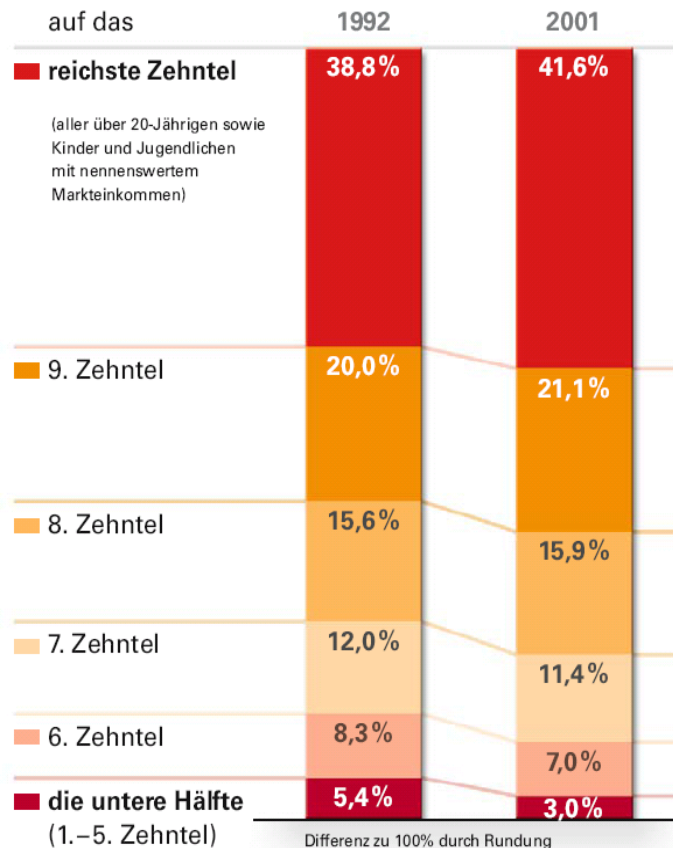


Markteinkommen der Spitzenverdiener in Deutschland 1992-2001
Durchschnittseinkommen in 1000 € zu Preisen v. 2000

Jahr	1992	1995	1998	2001
Top 10%	78	77	80	83
Top 1%	225	210	230	240
Top 0,1%	838	762	868	914
Top 0,001%	11083	11721	14280	14981
Top 0,001%	31438	39051	47230	48152

Polarisierung der Markteinkommen

Von allen Markteinkommen* in Deutschland entfielen...



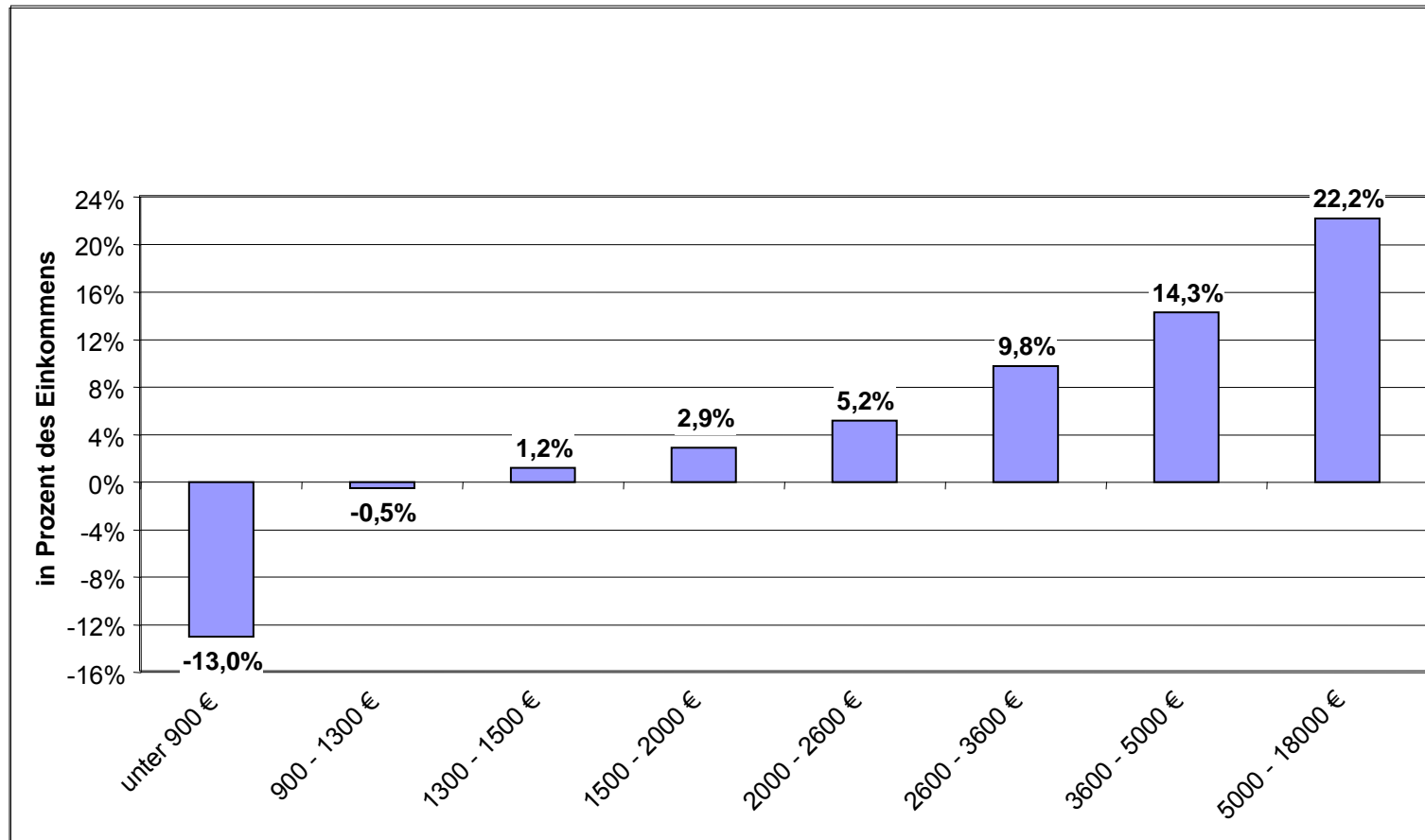
Jährliche Markteinkommen* der Spitzenverdiener

Einkommensgruppe	Zahl der Personen	durchschnittliches Einkommen	Zunahme seit 1992
oberes Millionstel	65	48.150.000 €	53,2%
oberes Hunderttausendstel	650	15.000.000 €	35,2%
oberes Hundertstel	650.000	240.000 €	6,8%
oberes Zehntel	6.500.000	83.000 €	7,3%

* Einkommen aus Lohn (einschließlich Arbeitgeberanteile an Sozialversicherungsbeiträgen), aus unternehmerischer Tätigkeit sowie aus Vermögen ohne Veräußerungsgewinne; ohne öffentliche Renten, Pensionen und Sozialtransfers; Eurobeträge zu Preisen von 2000

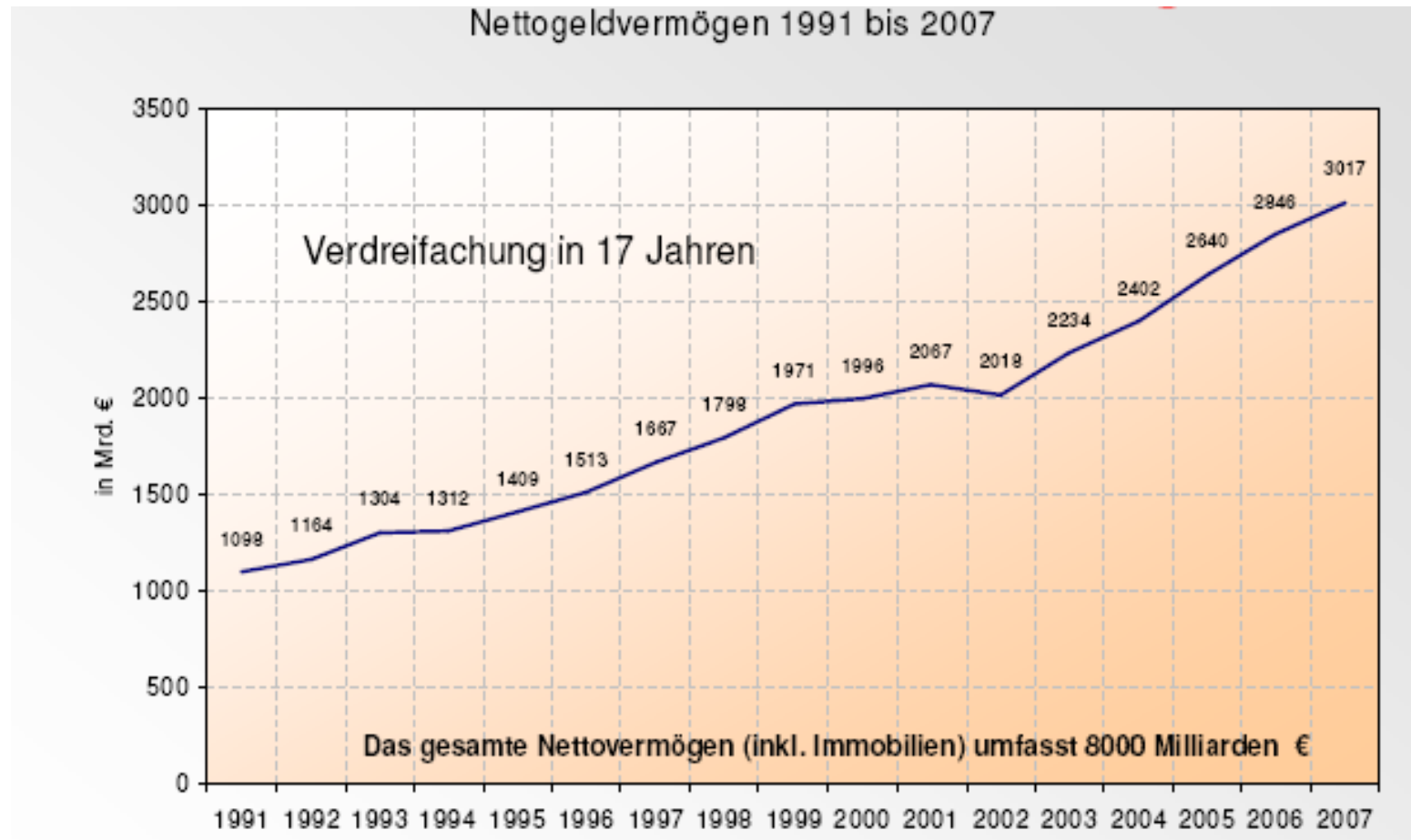
Quelle: Wochenbericht DIW Berlin, 13/2007 sowie Bach, Corneo, Steiner: From Bottom to Top: The Entire Distribution of Market Income in Germany, 1992 - 2001. DIW Berlin Discussion Papers 683.

Sparquoten nach Nettoeinkommensklassen



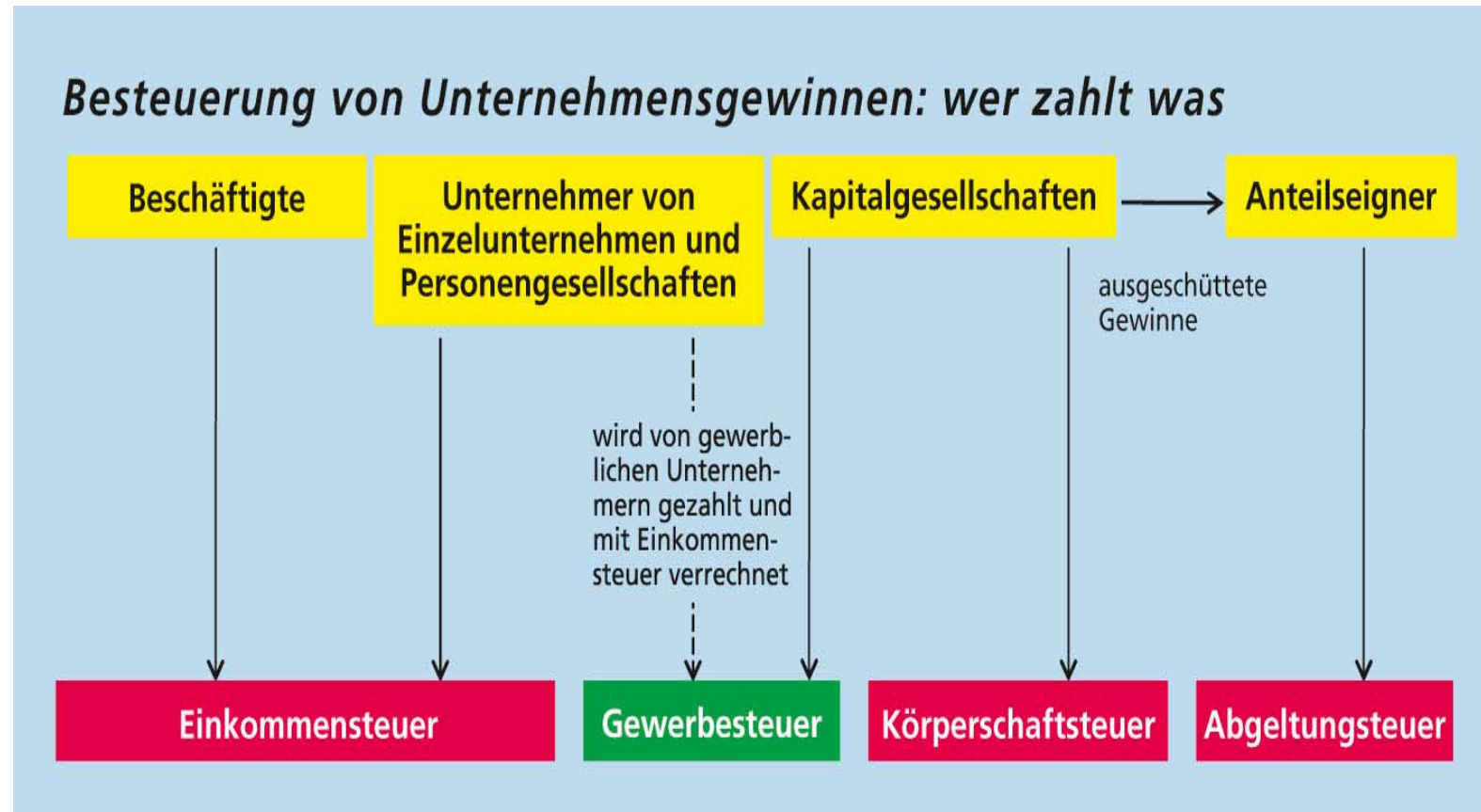
Quelle: Statistisches Bundesamt: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Bundes (EVS) 2003

Privater Reichtum: Deutsches Geldvermögen

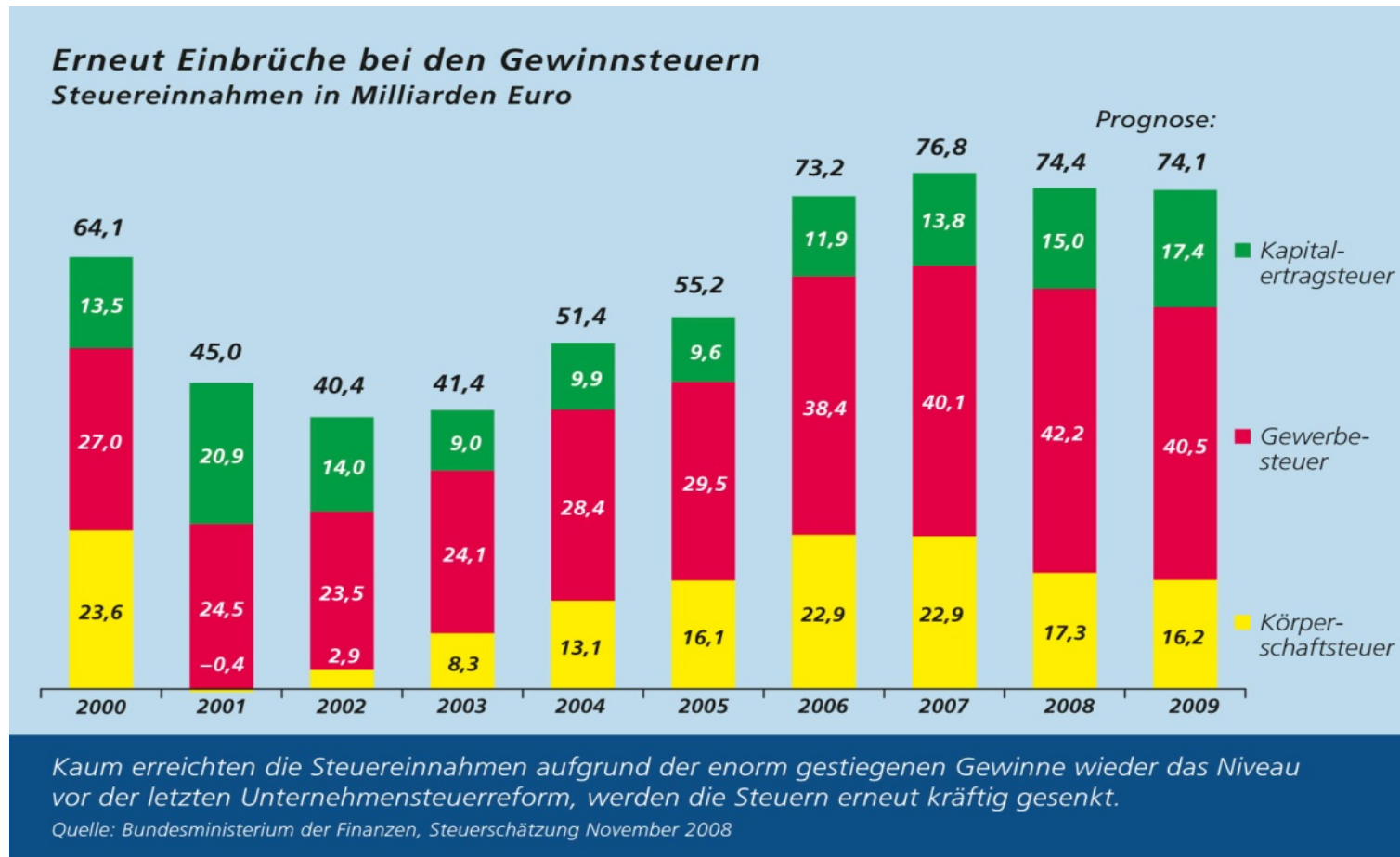


Quelle: Statistisches Bundesamt

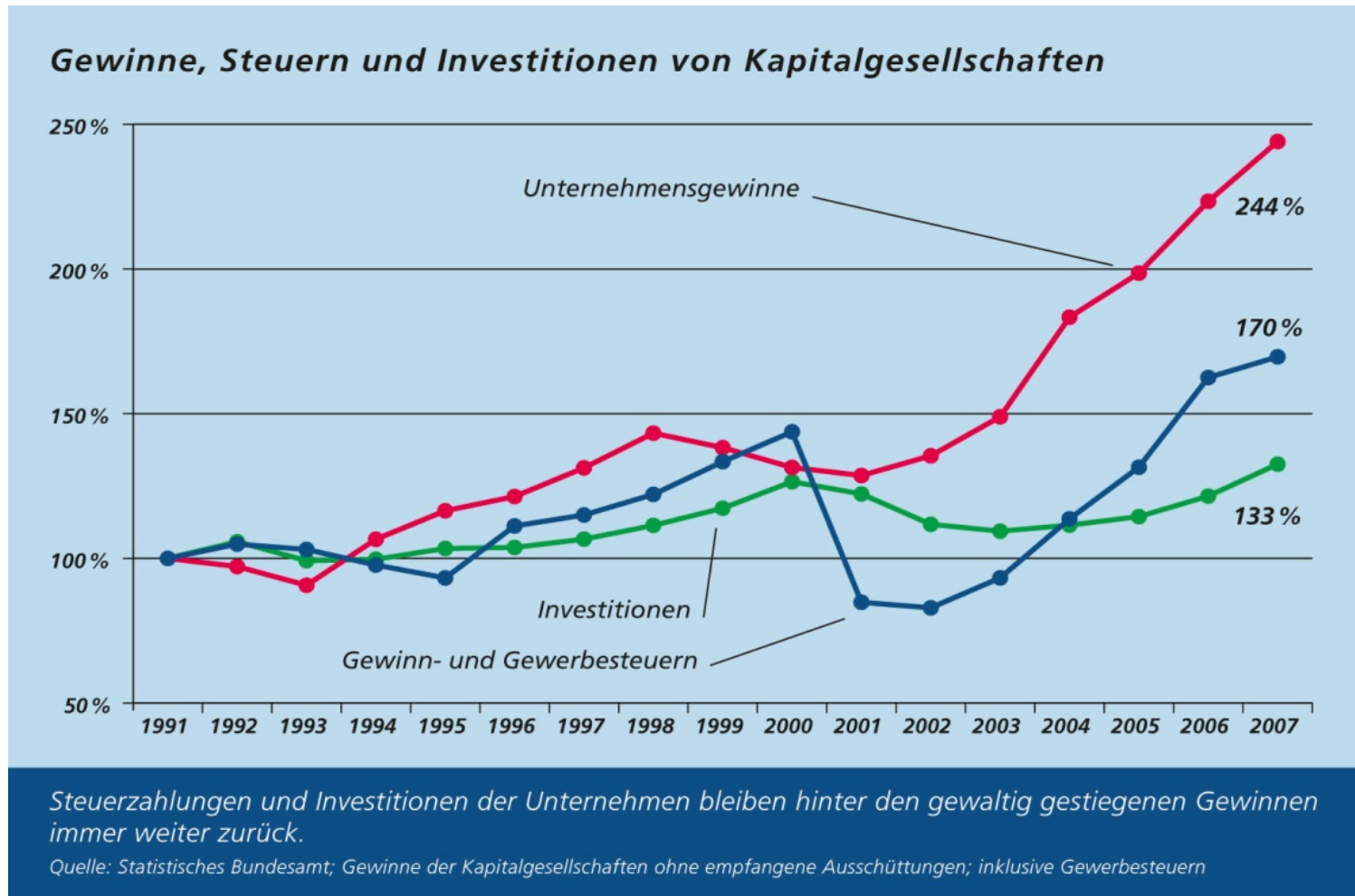
Steuerverteilung von Unternehmensgewinnen



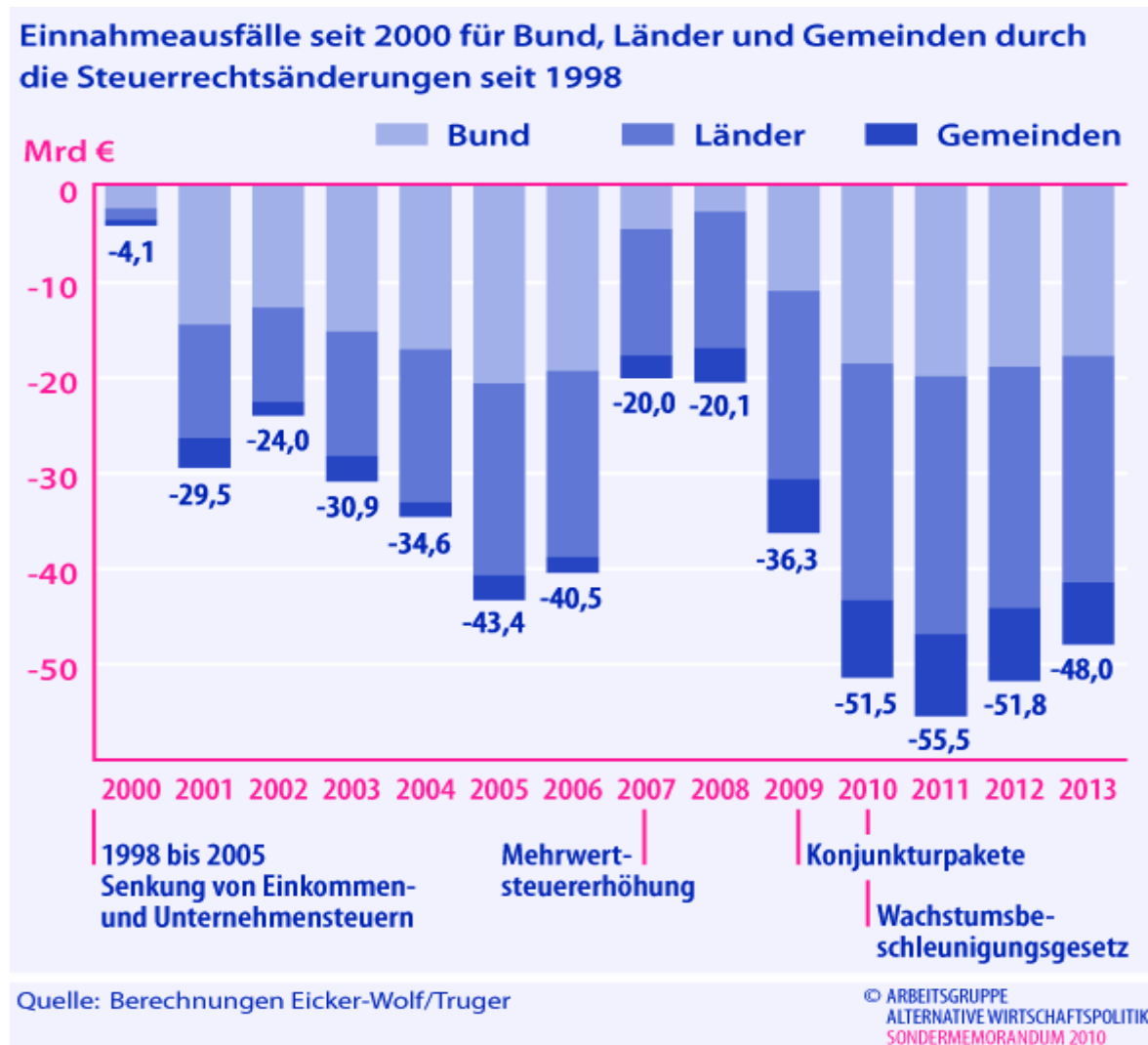
Steigende Gewinne – Sinkende Gewinnsteuern



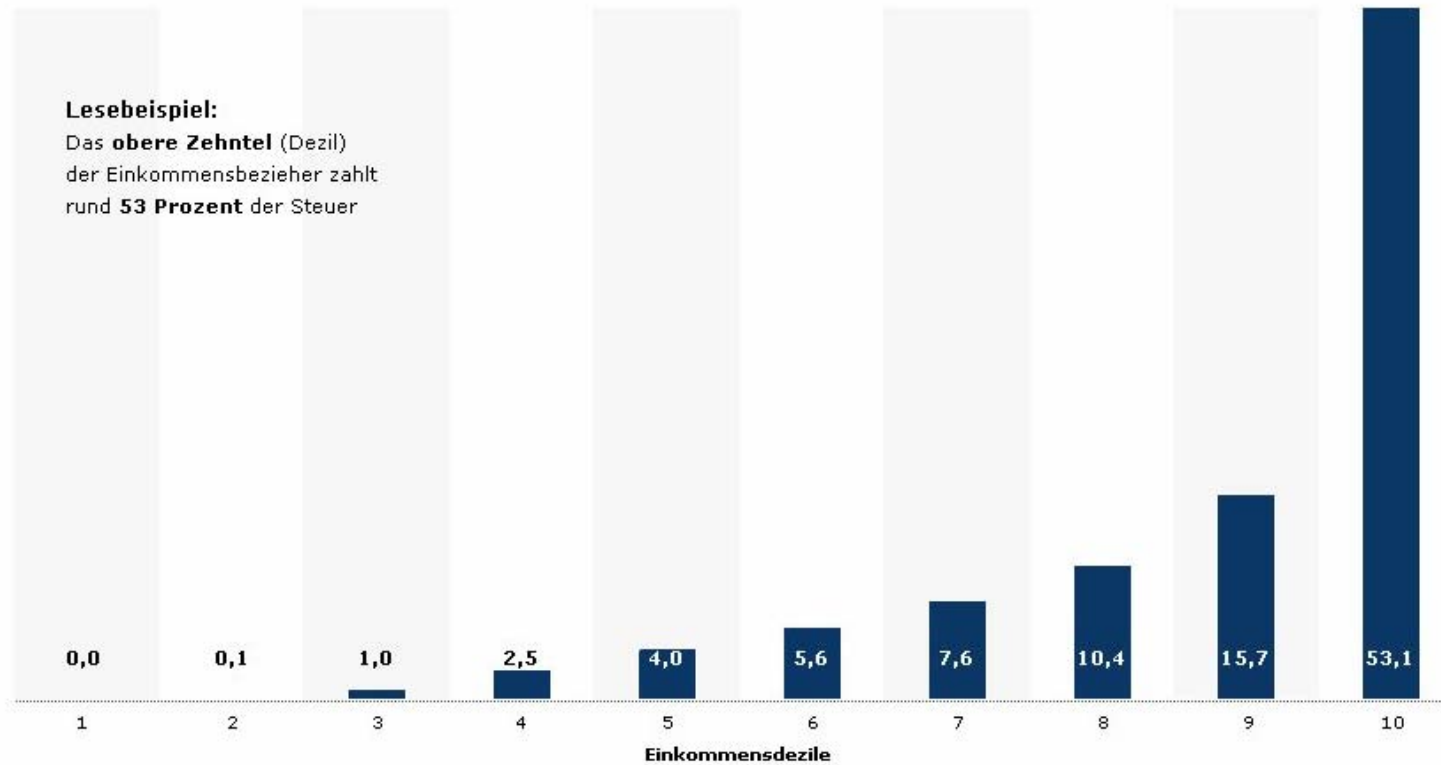
Steigende Gewinne – Zurückbleibende Investitionen



Einnahmeausfälle durch Steuerrechtsänderungen



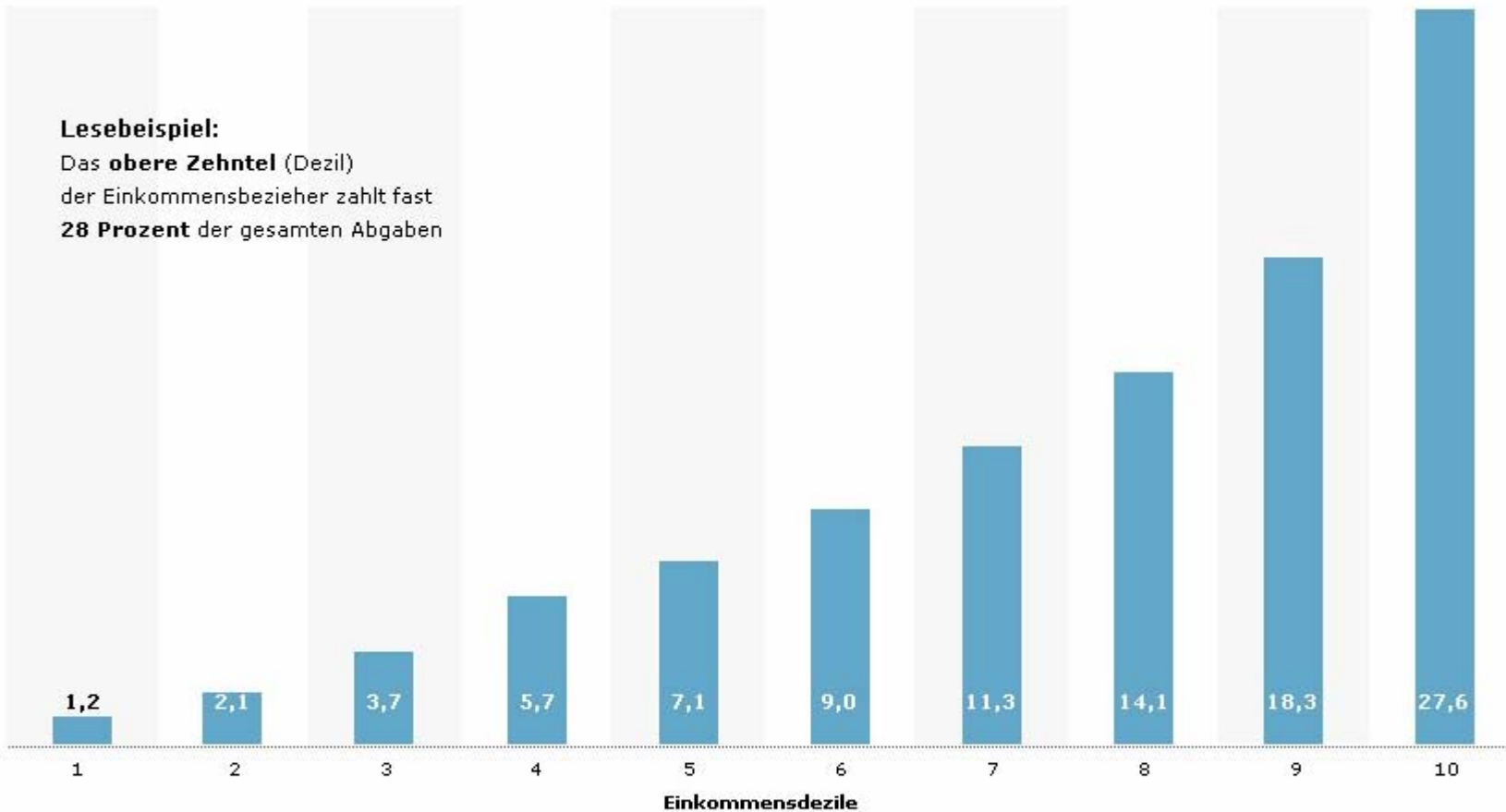
Einkommensteuer nach der Höhe des Bruttoeinkommens In Prozent



Quelle: RWI und FiFo Köln, Stand 2008

Gesamte Abgaben nach Höhe des Bruttoeinkommens

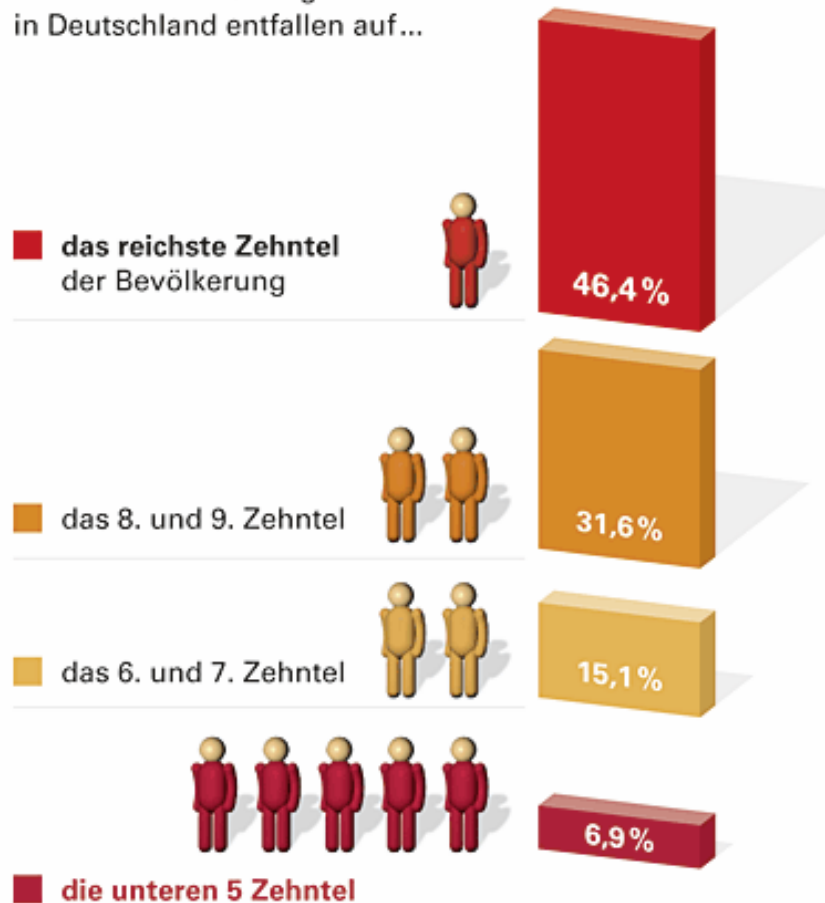
Steuern und Sozialversicherungsbeiträge inklusive Arbeitgeberbeiträge (in Prozent)



Quelle: RWI und FiFo Köln, Stand 2008

Vermögen ungleich verteilt

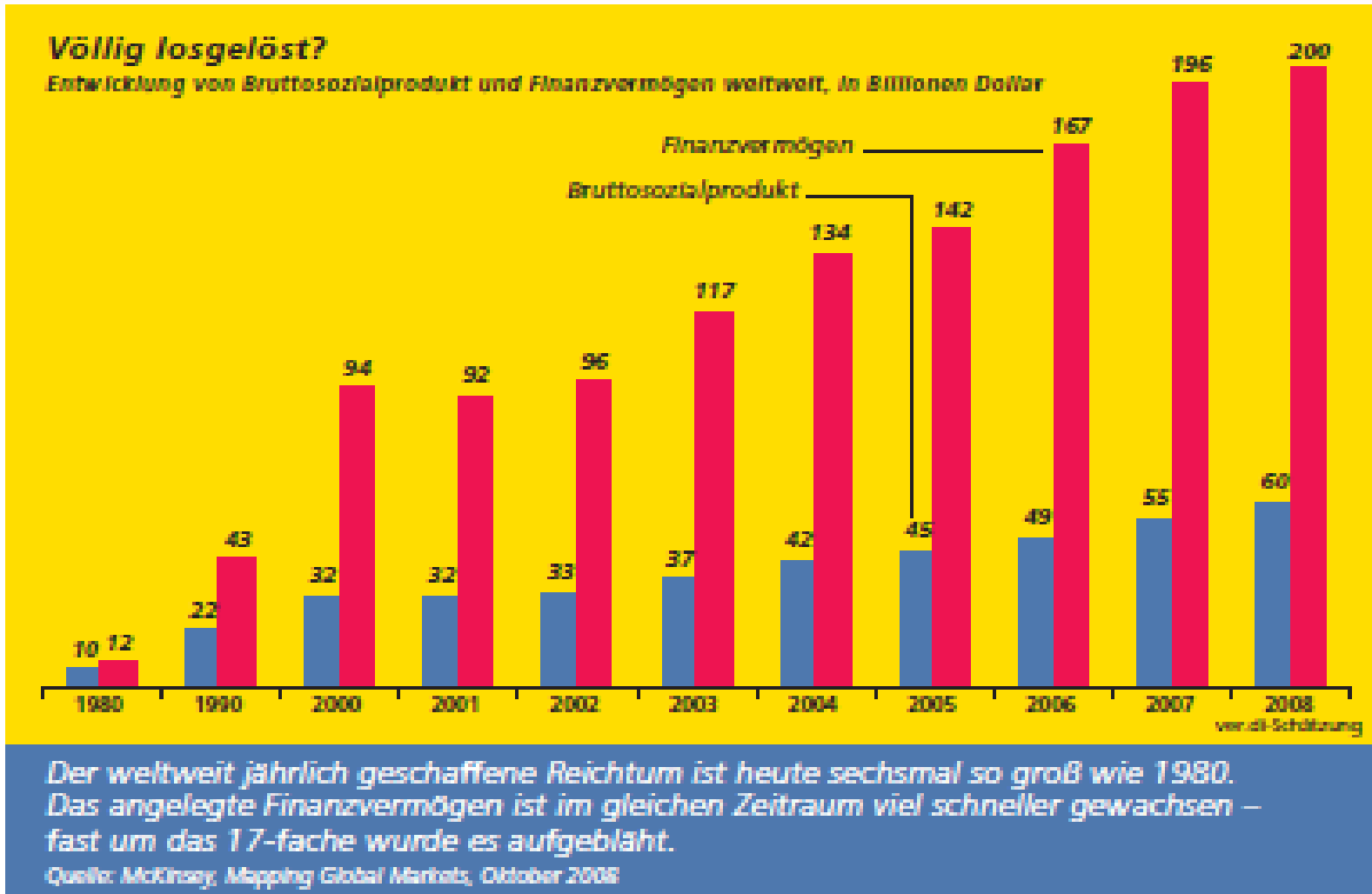
Von den Nettovermögen
in Deutschland entfallen auf...



die oberen zehn Prozent
besitzen fast siebenmal
so viel wie die unteren 50
Prozent der Bevölkerung

Quelle: Becker, Hauser 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

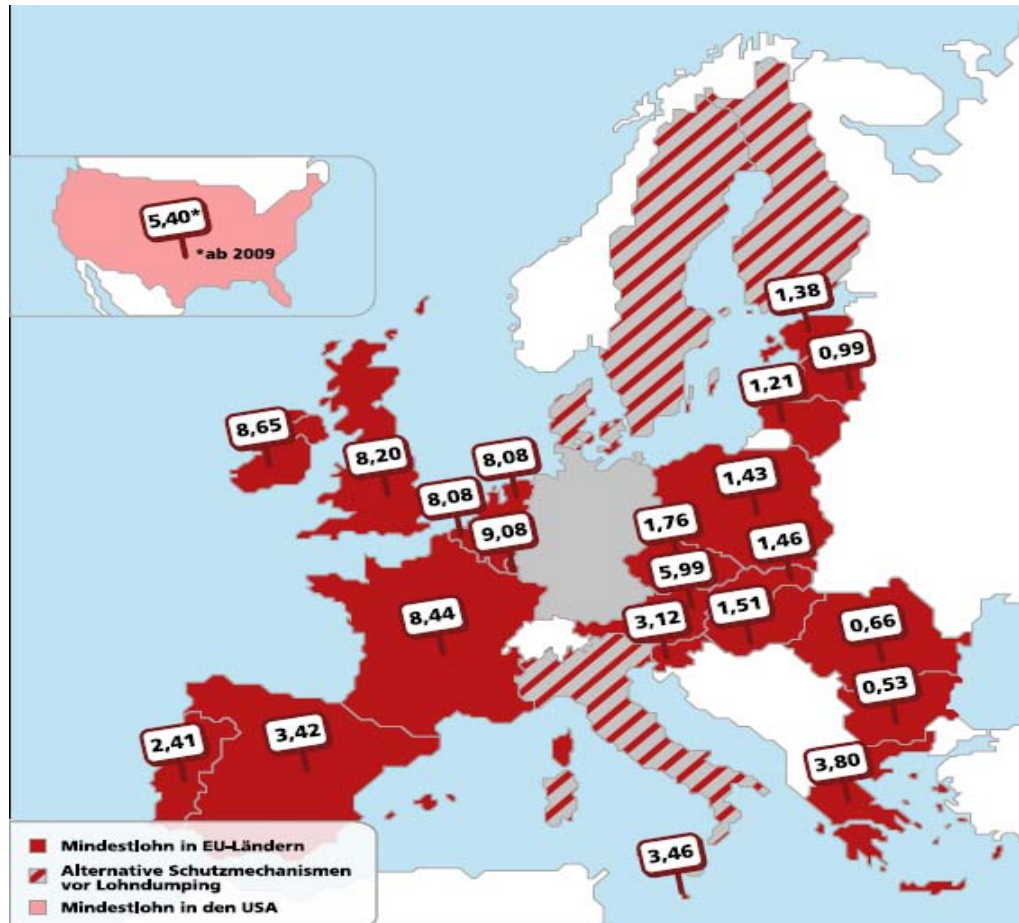
Von der Investitionsfinanzierung zum Finanzinvestment



WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ALTERNATIVEN

1. Gesetzlicher Mindestlohn und mindestens verteilungsneutrale Einkommenspolitik
2. Gute Arbeit – Gutes Leben:
Prekäre Arbeitsverhältnisse abschaffen
3. **Sozial-ökologisches** Zukunftsinvestitionsprogramm
4. Arbeitszeitverkürzung
5. Öffentlich geförderte Beschäftigung
6. Armutsfeste Grundsicherung
7. Re-Regulierung der Finanzmärkte und Wirtschaftsdemokratie
8. Neue Weltwirtschaftsordnung

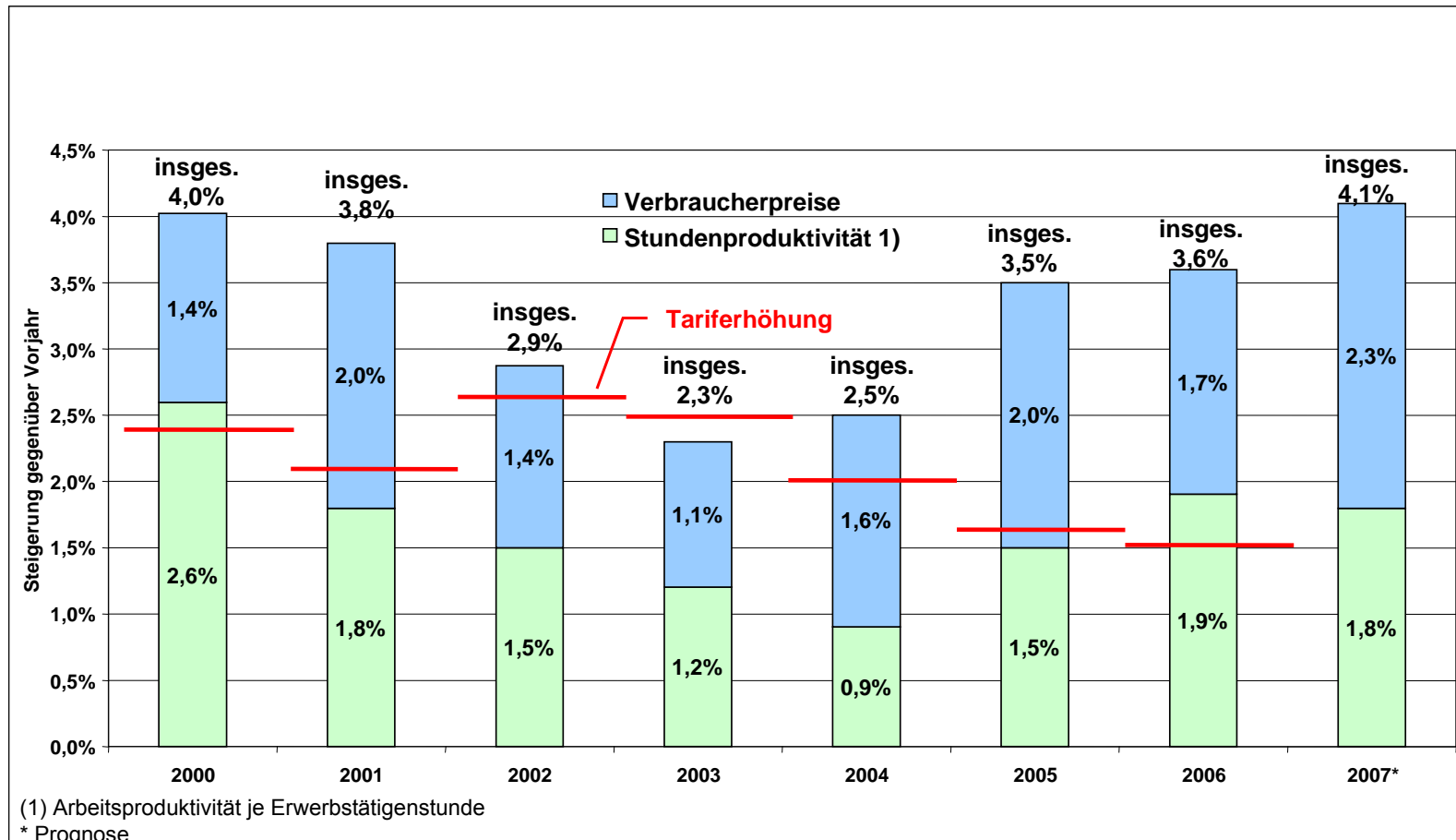
1. Gesetzliche Mindestlöhne in EU und USA (brutto/ Stunde)



Unser Mindestlohn-Vorschlag

- 10 Euro (brutto) für alle in Deutschland Beschäftigten
- Möglichkeit einer zeitlich befristeten, stufenweisen Einführung in Branchen mit geringem Lohnniveau
- Jährliche Anpassung des Mindestlohns:
Einkommen aus Vollzeit oberhalb der Grenze für Armutslöhne
- Allgemeinverbindlichkeit tariflich vereinbarter Mindestentgelte, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen
- Beratung der Bundesregierung bei Einführung und Anpassung des Mindestlohns durch einen Mindestlohnrat
(Tarifparteien und Wissenschaft)
- Kontrollmechanismen, Sanktionen und Verbandsklagerecht

Unter den Möglichkeiten: Verteilungsspielraum und Ausschöpfung



2. Grundsätze Guter Arbeit

- Gute Arbeit ist sicher: rechtlich, sozial und gesundheitlich
- Von Guter Arbeit kann man gut leben
- Gute Arbeit hat Maß → Arbeitszeitverkürzung
- Gute Arbeit ist demokratisch, daher Mitbestimmung auch in wirtschaftlichen Fragen
- Gute Arbeit stellt Männer und Frauen gleich
- Gute Arbeit bietet Gestaltungsspielräume für unterschiedliche Lebensentwürfe

2. Ein Programm für Gute Arbeit

- Keine befristeten Arbeitsverhältnisse ohne triftige Begründung
- Subventionierung geringfügiger Beschäftigung beenden, Minijobs in reguläre Arbeitsverhältnisse umwandeln
- Leiharbeit bis maximal 6 Monate begrenzen und dabei gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- Praktika als Lernverhältnisse gesetzlich schützen und angemessen vergüten
- Scheinselbständigkeit zurückdrängen, in die Scheinselbstständigkeit Gedrängte unterstützen und in die Sozialsysteme zurückholen
- Solo-Selbständige ebenfalls in die sozialen Sicherungssysteme aufnehmen

Ein Programm für Gute Arbeit

- Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose wieder einführen
- Regelsatz des Arbeitslosengeld II auf 450 € erhöhen
- Kündigungsschutz verbessern
- Allgemeingültigkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern
- Öffentliche Auftragsvergabe an Vergaberichtlinien binden

3. Zukunftsinvestitionsprogramm

- Öffentliche Bedarfe in den Kernbereichen der Gesellschaft (Bildung, Gesundheit, Umwelt, Infrastruktur)
- Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von jährlich 85 Mrd. Euro schafft 1 bis 1,2 Mio. Arbeitsplätze im ökologischen Umbau und in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen.
- Öffentliche Investitionen und Ausgaben schaffen Aufträge vor allem für KMU und im öffentlichen Dienst.
- Zukunftsinvestitionsprogramm finanziert sich selbst, stabilisiert die öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme.

Zukunftsinvestitionsprogramm – Überblick

85 Mrd. jährlich für:

- Bildung (30)
- Gesundheit (5)
- Umwelt (15)
- Kommunale Infrastruktur/
Daseinsvorsorge (20)
- Öffentlich geförderte
Beschäftigung (15)

Mehreinnahmen:

- Finanztransaktionsteuer: 18 Mrd.
- Vermögensteuer: 15 Mrd.
- Erbschaftsteuer: 4 Mrd.
- Unternehmen- und
Gewerbesteuerreform: 25 Mrd.
- Steuervollzug: 10 Mrd.
- Selbstfinanzierung: 20 Mrd.

92 Mrd.

Kommunaler Investitionsbedarf 2006-2020

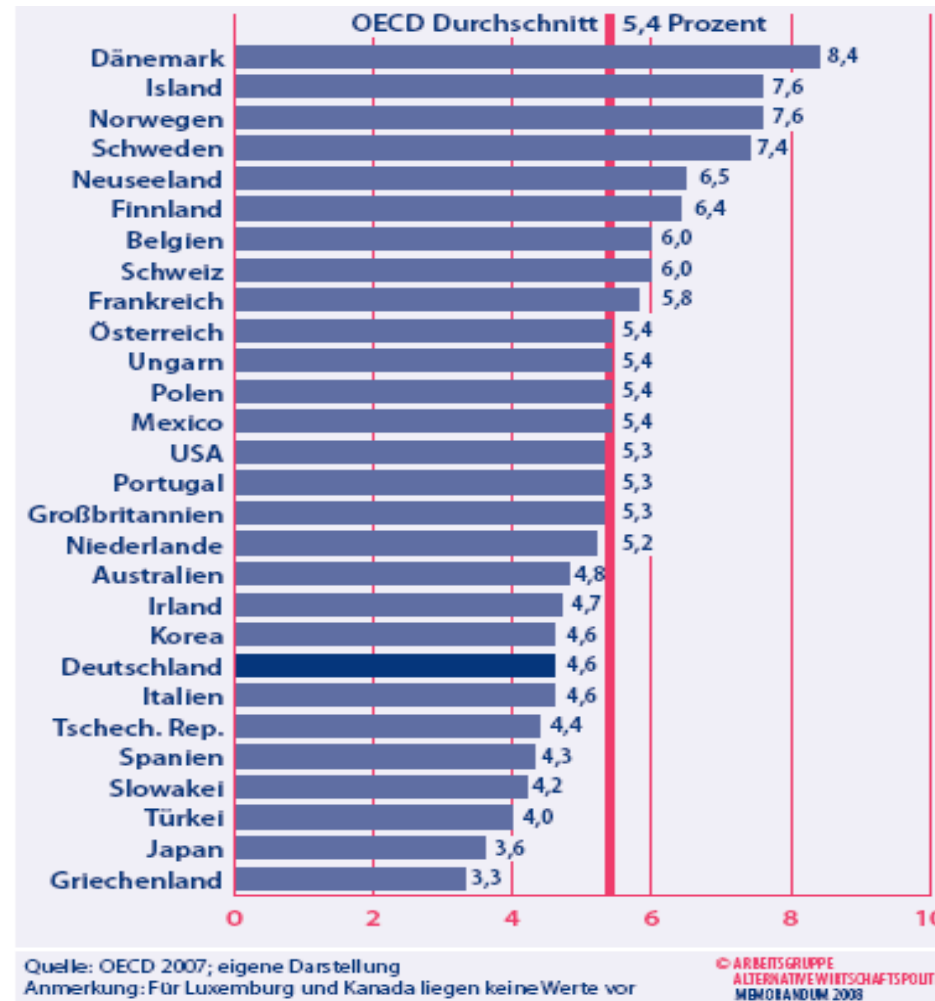
	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer und Berlin			Deutschland	
	in Mrd. Euro	in %	in Euro/EW	in Mrd. Euro	In %	In Euro/EW	in Mrd. Euro	In %
Trinkwasser	21,5	3,9	327	7,5	4,7	447	29,0	4,1
Abwasser	45,8	8,4	697	12,4	7,8	740	58,2	8,3
Verwaltungsgebäude	16,9	3,1	257	2,9	1,8	173	19,8	2,8
Krankenhäuser	23,7	4,3	361	7,2	4,5	429	30,9	4,4
Schulen	61,1	11,2	930	11,9	7,5	712	73,0	10,4
Sportstätten	27,1	5,0	413	8,1	5,1	483	35,2	5,0
Straßen	118,3	21,7	1.801	43,3	27,3	2.581	161,6	23,0
ÖPNV	30,4	5,6	463	8,0	5,1	477	38,4	5,5
Städtebau	6,3	1,2	96	3,8	2,4	226	10,1	1,4
Sonstige Bereiche	160,0	29,3	2.436	48,4	30,6	2.885	208,4	29,6
Erwerb von Grundvermögen	34,7	6,4	528	4,8	3,0	286	39,5	5,6
Summe	545,8	100,0	8.309	158,4	100,0	9.439	704,1	100,0

Quelle: Schätzungen des Difu.

Öffentliche Bildungsausgaben

Internationaler Vergleich

2004, in Prozent des BIP



4. Arbeitszeitverkürzung

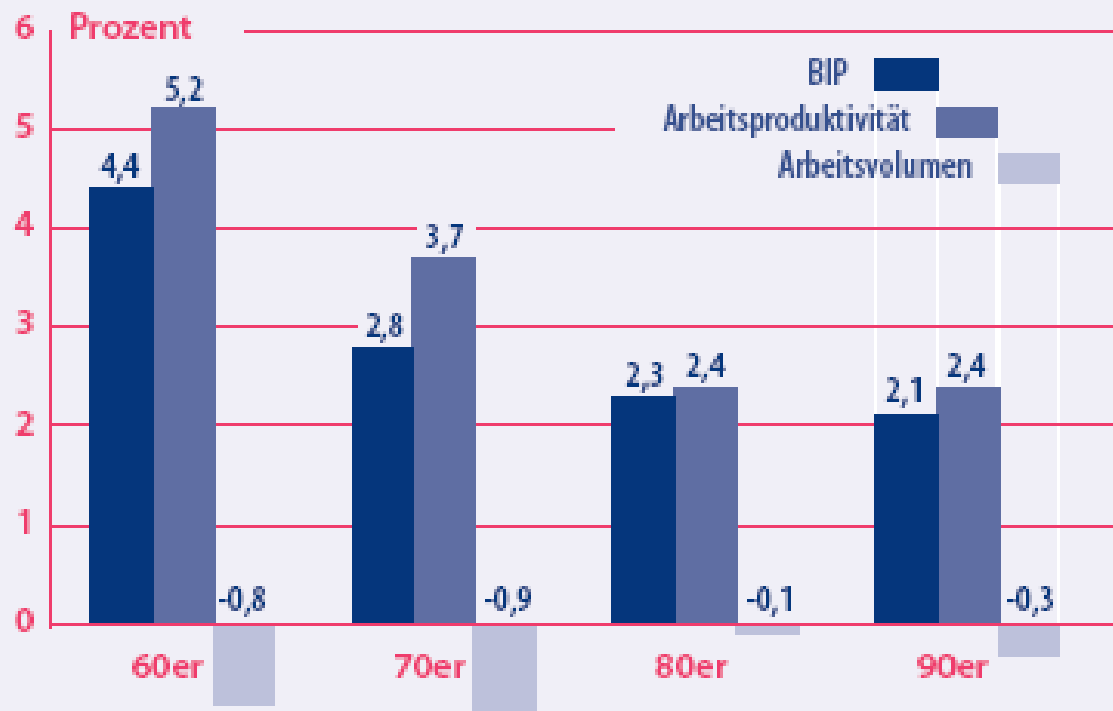
- Deutliche Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust
- Lebensarbeitszeit verkürzen statt verlängern – weg mit der Rente ab 67

Erste Schritte:

- Begrenzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 40 Wochenstunden
- Überstundenabbau - jährlich werden ca. 1,4 Milliarden bezahlte und schätzungsweise 1 Milliarde unbezahlte Überstunden geleistet

Veränderungsraten im Vergleich

Durchschnittliche, jährliche Veränderung von Bruttoinlandsprodukt, Arbeitsproduktivität und Arbeitsvolumen



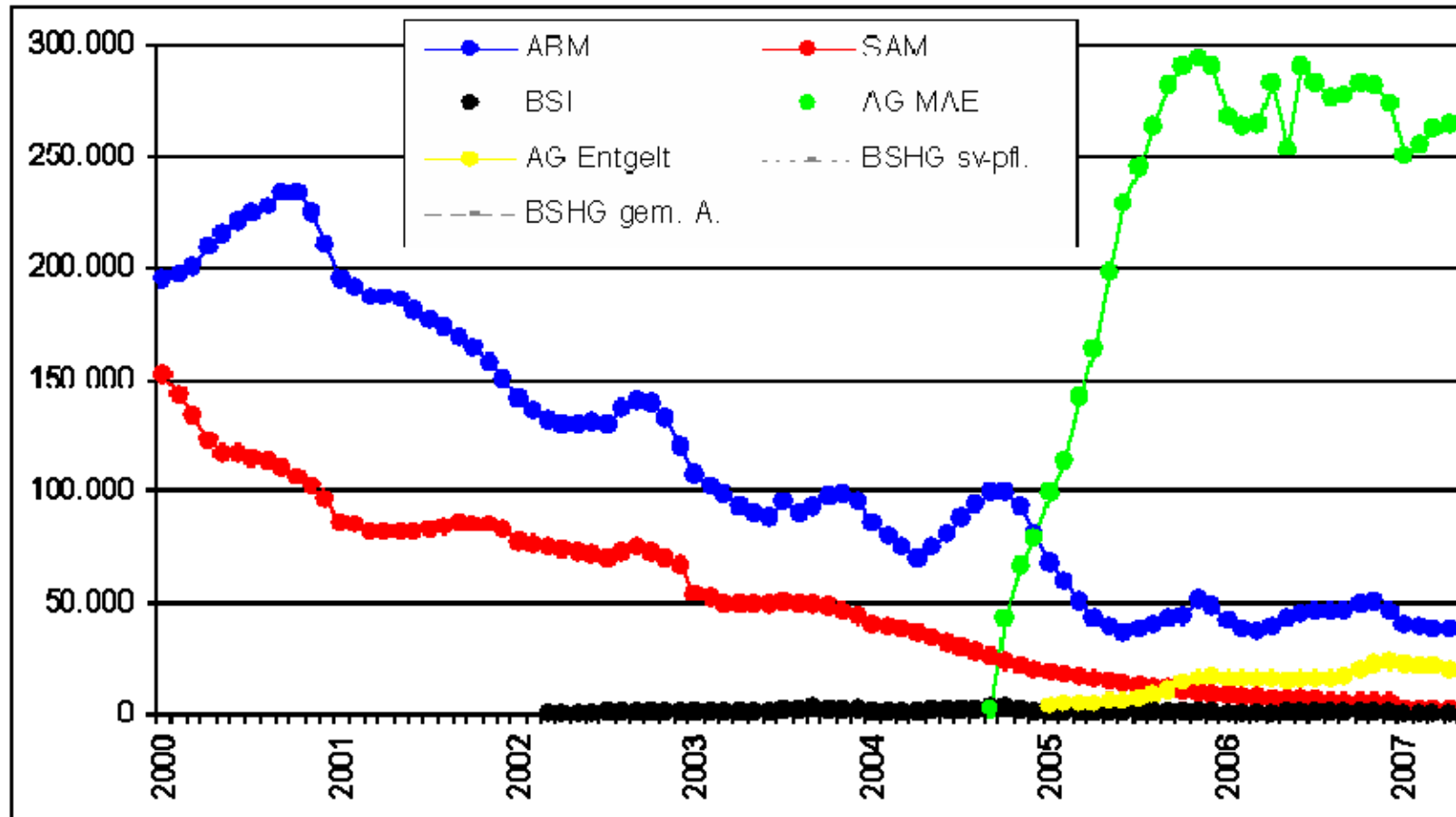
Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnung
Angaben 90er Jahre Deutschland, davor früheres
Bundesgebiet

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2008

5. Öffentlich geförderte Beschäftigung

Aktive Arbeitsmarktpolitik im Wandel

(Bestand an TeilnehmerInnen in ausgewählten Maßnahmen)



Öffentlich geförderte Beschäftigung

- Gesetzliche Grundlagen für dauerhaft öffentlich finanzierte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schaffen
- Konkret: Schaffung von 500.000 öffentlich geförderten Arbeitsverhältnissen in den kommenden 3 Jahren, nicht unter Tarif, mindestens 1.400 Euro brutto
- Zielgruppe: Vor allem beschäftigungsfähige und -bereite Personen, für die auf längere Sicht eine öffentlich geförderte Beschäftigung die einzige Chance bedeutet, die Arbeitslosigkeit zu beenden und die Hilfebedürftigkeit zu überwinden

6. Armutsfeste Grundsicherung

- Die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung muss repressionsfrei gewährt werden.
- Niemand darf zur Ausübung einer Beschäftigung gezwungen werden, die kein Existenz sicherndes Einkommen schafft, die berufliche Qualifikation nicht in Wert stellt, zu hohe Ansprüche an Flexibilität und Fahrtzeiten stellt oder die gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstößt.
- Die Zumutbarkeitsregelungen sind diesen Grundsätzen anzupassen.

Grundsicherung kindgerecht gestalten

- Dringend nötig ist die Einführung einer kindgerechten Bedarfserhebung. Kinder haben andere Bedürfnisse und Erfordernisse als Erwachsene. Derzeit werden diese nicht berücksichtigt.
- Wir wollen den Aus- und Umbau von Kindergeld und Kinderzuschlag zu einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung, die jedem Kind den Zugang zum soziokulturellen Existenzminimum ermöglicht.

7. Re-Regulierung der Finanzmärkte und Wirtschaftsdemokratie

Beispiele:

- Finanz-TÜV
- Derivate massiv einschränken, Kreditverkäufe begrenzen
- Finanztransaktionsteuer
- Managerhaftung verschärfen, falsche Vergütungsanreize abschaffen
- Zielzonen für Wechselkurse anstreben
- Kapitalverkehrskontrollen konsequent zulassen
- Geschäfte mit Steuer- und Regulierungsoasen unterbinden

Verbraucherinnen und Verbraucher schützen

Beispiele:

- Beweislast in Anlageberatung umkehren
- Emittenten-Haftung verschärfen
- Bankeinlagen in unbeschränkter Höhe garantieren:
Finanzinstitute zur Aufstockung der gesetzlichen
Einlagensicherung verpflichten
- Anlagemöglichkeiten von Pensionsfonds stärker
beschränken
- Laufende Kreditbeziehungen schützen

Wirtschaftsdemokratie

- Intervenierende Wirtschaftspolitik und Struktur- (Industrie-)Politik inkl. sektoraler Investitionslenkung (*makro*)
- Regulierte Märkte und kontrollierter Wettbewerb, Mittelstands- und Verbraucherschutzpolitik (*meso*)
- Partizipation abhängig Beschäftigter an Entscheidungsprozessen, materielle Teilhabe, ökonomische Abhängigkeiten und Fremdbestimmungen zurückdrängen – individuelle Freiheit stärken (*mikro*)

8. Neue Weltwirtschaftsordnung

- Alle Länder gleichberechtigt an Regulierung beteiligen statt auf G20 beschränken
- Verbindliche Verträge im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) beschließen statt in der Welthandelsorganisation (WTO)
- Problem ungleichgewichtiger Handelsströme entschärfen/ Währungs Kooperation bzw. Einheitswährung voranbringen
- Regionalisierung und Binnenmarktorientierung stärken
- Investitionen an soziale und ökologische Standards knüpfen
- Entwicklungsländer entschulden / Internationales Insolvenzrecht einführen / Fonds gegen Krisenfolgen für Entwicklungsländer einrichten
- Steuer- und Regulierungs oasen austrocknen